

# Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 28. August 1930  
12. Jahrgang. Nummer 199

ersch. 1892  
50 Pf. wochentlich  
monatlich 1,50 RM.  
gestrichelt 2,00 RM.  
Wahlfonds  
Wahl KPD  
Gebt für den

**für Schlesien und Oberschlesien**  
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 10, Trebnitz Str. 50, Tel. 500 28  
Polisch-Lositz: Breslau 544, P. 1111111  
Ehrhart Str. 20, Tel. 4088; Oppeln, Walbertstr. 11, Tel. 1364  
Silesien: Lunsj 6, Tel. 2384. Geschäftsstell: 8-10 Uhr. Verlagsort:  
Silesien: Lunsj 6, Tel. 2384. Geschäftsstell: 8-10 Uhr. Verlagsort:  
Silesien: Lunsj 6, Tel. 2384. Geschäftsstell: 8-10 Uhr. Verlagsort:

## Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann die nachstehende Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Diese Erklärung, die sich an alle Arbeitenden in ganz Deutschland wendet, hat eine weit über den Rahmen der Tagespolitik hinausgehende, programmatische Bedeutung. Sie bildet ein historisches Dokument, das wegweisend für das gesamte werttätige deutsche Volk ist und zum erstenmal entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht aufzeigt.

Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt. Deshalb fordern wir die werttätigen Massen Deutschlands auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen.

### Proklamation des ZK. der KPD.

Die deutschen Faschisten (Nationalsozialisten) unternehmen gegenwärtig die schärfsten Vorstöße gegen die deutsche Arbeiterklasse. In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen, versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen unter der Fügung des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Young-Plan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, des Intellektuellen, Studenten, Angestellten und Bauern sowie einige Gruppen rückständiger Arbeiter für sich zu gewinnen.

Wir rufen in den jetzigen Wahlen alle Werttätigen in Stadt und Land auf, sich für Sowjetdeutschland zu entscheiden, indem sie für Liste 4, für die Liste der Kommunistischen Partei stimmen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien Gegner der heutigen staatlichen und sozialen Ordnung. Zugleich aber beteiligen sie sich neben den Parteien des Großkapitals an der Regierung der Weimarer Republik in Thüringen. Sie teilen sich die Ministerposten mit der kapitalistischen Volkspartei und mit den Hausbesitzern der Wirtschaftspartei. Sie verhandeln in Sachsen mit allen Unternehmerparteien bis zur „Vollnationalen Vereinigung“ über die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Sie erklären sich zur Teilnahme an einer Reichsregierung mit allen bürgerlichen Young-Parteien bereit. Sie belächeln die Politik der revolutionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Nationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie vor den Boden bereitet hat.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien Gegner der heutigen staatlichen und sozialen Ordnung. Zugleich aber beteiligen sie sich neben den Parteien des Großkapitals an der Regierung der Weimarer Republik in Thüringen. Sie teilen sich die Ministerposten mit der kapitalistischen Volkspartei und mit den Hausbesitzern der Wirtschaftspartei. Sie verhandeln in Sachsen mit allen Unternehmerparteien bis zur „Vollnationalen Vereinigung“ über die Bildung einer gemeinsamen Regierung. Sie erklären sich zur Teilnahme an einer Reichsregierung mit allen bürgerlichen Young-Parteien bereit. Sie belächeln die Politik der revolutionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Nationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie vor den Boden bereitet hat.

Dieser nationalsozialistischen Demagogie stellt die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Programm des Kampfes gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werttätigen Massen Deutschlands entgegen.

Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werttätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, daß sie für die nationale Befreiung des deutschen Volkes kämpfen. Sie erwecken den Anschein, als seien sie gegen den Young-Plan, der den werttätigen Massen Deutschlands Not und Hunger bringt.

Wir Kommunisten erklären, daß wir nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller anderen Länder in erster Linie folgendes durchführen werden, das mir her nationalsozialistischen Demagogie entgegenstellen:

Diese Veteuerungen der Faschisten sind bewußte Lügen. Die deutsche Bourgeoisie hat den räuberischen Young-Plan angenommen in der Absicht, alle seine Lasten auf die Werttätigen abzuwälzen.

Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werttätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.

Die Faschisten helfen praktisch an der Durchführung des Young-Planes mit,

Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands.

indem sie die Abwälzung seiner Lasten auf die werttätigen Massen dulden und fördern, indem sie an der Durchführung der vom Young-Plan diktierten Zoll- und Steuererlasse mitwirken (Zustimmung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu allen Vorlagen für Zoll- und Steuererhöhung, Frische Regesteuer in Thüringen), indem sie alle Streikbewegungen gegen den Lohnabbau zu verhindern und abzuwürgen versuchen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, ihre Bewegung richte sich gegen den Imperialismus. In Wirklichkeit aber treffen sie Abkommen mit den Imperialisten (England, Italien). Sie wenden sich gegen den Freiheitskampf der Kolonialvölker (Indien, China, Indochina), verlangen für Deutschland Kolonien und heben zu neuen Kriegen, vor allem zur Intervention gegen die Sowjetunion, das einzige Land, dessen freie Arbeiterklasse sich gegen alle Ueberfälle des Weltkapitals, gegen alle Raubzüge der Versailler Imperialisten erfolgreich mit Waffengewalt verteidigt hat. Ueberall, wo der Imperialismus unterdrückte Volksmassen knechtet, würgt und niederschleht, wirken die deutschen Faschisten durch ihre Vertreter mit: in China durch die Kapp-Putschisten Bebel und Kriebel, in Südamerika durch die Militärmission des Generals Kuntz, in Oesterreich durch den Liebknecht-Mörder Pabst.

Die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie haben das das Gut, Leben und Erhalten des werttätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslandes verkauft. Die sozialdemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Orgzinski und Börgel sind nicht nur die Henkerstrolche der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.

### Wir kämpfen für die Rettung der werttätigen Massen vor der drohenden Katastrophe

Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.

Nur wir Kommunisten sind gegen jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für den revolutionären Sturz der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für die Aufhebung aller Rechte und Vorrechte der herrschenden Klassen, für die Abschaffung jeder Ausbeutung.

Die Nationalsozialisten behaupten, Wirtschaftskrise und Ausplünderung der Massen seien lediglich Folgen des Young-Planes; die Überwindung der Krise sei bereits gesichert, wenn Deutschland die Fesseln des Versailler Vertrages abstreift. Das ist ein großer Betrug. Um das deutsche Volk zu befreien, genügt es nicht, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie im eigenen Lande muß gleichzeitig gestürzt werden. Die Krise würgt nicht nur im Deutschland des Young-Planes, sondern auch in den siegreichen imperialistischen Ländern mit Amerika an der Spitze. Ueberall, wo die Kapitalisten und ihre Agenten, die Sozialdemokraten, am Ruder sind, werden die Massen in der gleichen Weise ausgebeutet. Nur in der Sowjetunion bewegen sich Industrie und Landwirtschaft in aufsteigender Linie. Nur in der Sowjetunion wird die Arbeitslosigkeit beseitigt, werden die Löhne erhöht, werden die sozialpolitischen Errungenschaften der Werttätigen zu beispielloser Höhe ausgebaut. In allen kapitalistischen Ländern, in allen Ländern des Faschismus und der Sozialdemokratie wachsen Elend und Hunger, Lohnabbau und Arbeitslosigkeit, Reaktion und Terror.

Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Young-Plan als gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Verflabung aller Werttätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Corno-Vertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, Deutsch-Polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.

Wir Kommunisten erklären, daß wir nach dem Sturz der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland im brüderlichen Bündnis mit den Proletariern aller anderen Länder in erster Linie folgendes durchführen werden, das mir her nationalsozialistischen Demagogie entgegenstellen:

Nur wir Kommunisten sind gegen jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für den revolutionären Sturz der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für die Aufhebung aller Rechte und Vorrechte der herrschenden Klassen, für die Abschaffung jeder Ausbeutung.

Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.

Wir werden den räuberischen Versailler „Friedensvertrag“ und den Young-Plan, der Deutschland knechtet, zerreißen, werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen, die den Werttätigen Deutschlands durch die Kapitalisten auferlegt sind, annullieren.

Wir Kommunisten werden uns für das volle Selbstbestimmungsrecht aller Nationen einsetzen und im Bündnis mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs, Englands, Polens, Italiens, der Tschechoslowakei usw. denjenigen deutschen Gewerkschaften, die sich gegen die imperialistische Demagogie wenden, unsere Unterstützung versichern.



keiten, die den Wunsch danach haben werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland sichern.

Die Kommunisten werden zwischen Sowjetdeutschland und der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken ein festes politisches und wirtschaftliches Bündnis schließen, auf Grund dessen die Wirtschaft Sowjetdeutschlands Industrieprodukte für die Sowjetunion liefern werden, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe aus der Sowjetunion zu erhalten.

Wir erklären vor den Werktätigen Deutschlands: Ist das heutige Deutschland wehrlos und hilflos, so wird Sowjetdeutschland, das sich auf mehr als neun Zehntel seiner Bevölkerung stützt und die Sympathien der Werktätigen aller Länder genießt, keine Rücksicht auf ausländische Imperialisten zu nehmen brauchen. Wir warnen die Werktätigen Deutschlands darauf, daß die Sowjetunion nur dank der Unterstützung der Arbeiter aller Länder vermocht hat, mit Hilfe seiner unbeflegbaren roten Armee die Interventionen des Weltimperialismus erfolgreich zurückzuschlagen.

Im Gegensatz zu den heuchlerischen faschistischen Phrasen gegen das große Vaterland und Handelskapital, im Gegensatz zu den leeren nationalsozialistischen Wortgefechten gegen die Schmarotzer und gegen die Korruption werden wir folgendes Programm durchführen:

Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Wankmagnaten, die heute dem Lande offen ihren Willen aufzwingen, schonungslos Einhalt gebieten. Wir werden die proletarische Nationalisierung der Banken durchführen und die Verschuldung an die deutschen und ausländischen Kapitalisten annullieren.

Die Großhändler, die Magnaten des Handelskapitals, treiben heute die kleinen Kaufleute in den Ruin, werfen Tausende von Angestellten auf Pflaster, vernichten Hunderttausende Mittelstandskonten, wuchern die Bauern aus und schrauben die Preise für Massenkonsumartikel empor. Zur Macht gelangt, werden wir dem Treiben der Handelsmagnaten Einhalt gebieten, den Großhandel nationalisieren, starke Konsumgenossenschaften schaffen, die die Interessen aller Werktätigen wirklich vertreten und sie von räuberischen Profitmachern befreien werden. Mit eiserner Faust werden wir jede Spekulation, die sich die Not der Werktätigen zunutze macht, zerschmettern.

Wir werden die kapitalistischen Formen der Kommunalwirtschaft vernichten, den großen Hausbesitz entschädigungslos enteignen, die Arbeiter und die arme Bevölkerung der Städte in die Häuser der Reichen einquartieren.

Wir werden die Preise für Mieten, Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrsmittel und alle kommunalen Leistungen nach dem Massenprinzip absenken und sie für Proletarier und wenig bemittelte Werktätige auf das Mindestmaß herabsetzen.

Wir werden der Steuerpolitik der Bourgeoisie ein Ende machen. Durch Machtergreifung, entschädigungslose Enteignung der Industriebetriebe, der Banken, des großen Hausbesitzes und des Groß-

handels wird die Arbeiterklasse alle Voraussetzungen für einen Klassenhaushalt des proletarischen Staates schaffen. Wir werden die Sozialversicherung aller Arten (Erwerbslosen-, Invaliden-, Kranken-, Alters-, Unfallversicherung, Kriegsbeschädigten- und Kriegserholungsunterstützung) auf Kosten des Staates unbedingt sicherstellen.

Wir werden die Staatskasse der deutschen Sowjetrepublik von allen unproduktiven Ausgaben für Polizei und Straße, für Pensionen und Renten an die abgedankten und davorangehenden kaiserlichen Prinzen, Könige, Herzöge, Fürsten, Marschälle, Generale, Admirale, für Ministerpräsidenten und Ministerpräsidenten, für die Bezahlung reaktionärer Beamten, für Korruptions- und Luxusausgaben jeder Art befreien.

Wir werden die Herrschaft der Großgrundbesitzer brechen, werden ihren Grund und Boden entschädigungslos enteignen und den Landarmen Bauern übergeben, werden Sowjetgüter mit modernstem Maschinenbetrieb schaffen, die Arbeitsbedingungen des Land-

proletariats denjenigen der partischen Arbeiterklasse gleichsetzen und viele Millionen werktätiger Bauern in den Aufbau des Sozialismus einbeziehen.

Mit eisernem proletarischem Wesen werden wir alle Schmarotzer, Großindustriellen, Bankiers, Junker, Großkaufleute, Generale, bürgerliche Politiker, Arbeiterverräter, Spekulanten und Schieber aller Art hinweglegen.

Wir werden den zur Unterdrückung und Anrechtung der Werktätigen bestimmten Machtapparat zerschlagen. Vom Betriebe an bis hinauf zur deutschen Sowjetregierung — überall wird das Proletariat im Bündnis mit allen Werktätigen auf Grund der wirklichen, der breitesten Sowjetdemokratie herrschen.

Durch die Einführung des Siebenkundertages und der vierstägigen Arbeitswoche, durch ein festes Wirtschaftsbündnis mit der Sowjetunion und die Hebung der Kaufkraft der Massen, werden wir

## die Erwerbslosigkeit aus der Welt schaffen

Wir werden jedem die Möglichkeit geben zu arbeiten. Wir werden alle Produktionskräfte der Industrie und Landwirtschaft ausschließlich in den Dienst der Werktätigen stellen. Wir werden den arbeitenden Frauen und der werktätigen Jugend volle politische Gleichberechtigung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit sichern.

Wir werden die Löhne erhöhen, indem wir die Unternehmerprofite, die unproduktiven Unkosten der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die Reparationszahlungen abschaffen. Mit bolschewistischer Rücksichtslosigkeit werden wir allen bürgerlichen Forderungen gegenüber das Prinzip durchführen: wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Wir Kommunisten bringen den Werktätigen das Programm ihrer sozialen Befreiung vom Joch des Kapitals. Wir werden die Begeisterung der Massen zum Siege über die Bourgeoisie, zur sozialen und zugleich zur nationalen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes erschaffen. Nur der Hammer der proletarischen Diktatur kann die Ketten des Young-Planes und der nationalen Unterdrückung zerschlagen. Nur die soziale Revolution der Arbeiterklasse kann die nationale Frage Deutschlands lösen.

Wenn sich alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie

Erwachsene, alle unter der Krone, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden um die kommunistische Partei Deutschlands zusammenschließen, dann werden sie eine Macht von so unüberwindlicher Stärke bilden, daß sie nicht nur die Herrschaft des Kapitals zu stürzen vermögen, sondern jeder Widerstand gegen sie — sowohl im Innern als von außen — gänzlich aussichtslos wird.

Daher rufen wir alle Werktätigen, die sich noch im Banne der abgestimmten faschistischen Volksleiter befinden, auf, entschlossen und endgültig mit dem Nationalsozialismus zu brechen, sich in das Heer des proletarischen Klassenkampfes einzureihen. Dabei fordern wir Kommunisten alle Arbeiter, die noch mit der veräulerten Sozialdemokratie gehen, auf, mit dieser Partei der Koalitionspolitik, des Versäulter Friedens, des Young-Planes, der Anrechtung der werktätigen Massen Deutschlands zu brechen, die revolutionäre Millionenfront mit den Kommunisten zum Kampf für die proletarische Diktatur zu bilden.

Nieder mit dem Young-Plan!  
Nieder mit der Regierung der Kapitalisten und Junker!  
Nieder mit Faschismus und Sozialdemokratie!  
Es lebe die Diktatur des Proletariats!  
Es lebe Sowjetdeutschland!

Berlin, den 24. August 1930.

### Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale)

## Die Belegschaft der Abwehr-Grube beschließt:

# Wir zahlen keine Diktatursteuern

Eine Belegschaftsversammlung der Abwehrgrube Mikulitschüh, die am 24. August stattfand, forderte von der Gemeindevertretung, daß diese den schärfsten Protest einzulegen hat gegen die Einführung der Kopf-, Lebigen-, Negers- und Verzehrsteuer. Desgleichen verlangt sie, daß diese Steuern durch die kommunalen Beamten sowie den Gemeindevorstand nicht eingetrieben werden dürfen. Die Versammlung protestierte weiter energisch gegen die Verschlechterung der Sozialversicherung, die, von der Müller-Regierung vorbereitet, von der Brüning-Regierung durch den Artikel 48 durchgesetzt worden ist; sie verlangt die Bezahlung sämtlicher sozialen Beiträge von den Unternehmern, weil durch diese und das Antreiberjstern der Raubbau an der Gesundheit der Arbeiter weiter verschärft wird. Die Versammlung gelobte, am 14. September nur die Liste 4 zu wählen und sich auch als Wahlhelfer für die Liste 4 zur Verfügung zu stellen.

## SPD. und Bürgerliche für Diktatursteuern

Beuthen O.S. Die kommunistische Fraktion brachte in der am Montag, dem 25. August, stattgefundenen Sitzung der Stadtratsversammlung nachstehende Protestentscheidung gegen die auf Grund der Diktaturverordnung der Reichsregierung einzuführenden Massensteuern ein, die von der bürgerlich-sozialdemokratischen arbeiterscheindlichen Front abgelehnt worden ist:

„Die durch die Diktatur-Verordnung der Reichsregierung einzuführende Neger-, Lebigen-, Bier- und Getränkesteuer, Beamtensteuer und vor allen Dingen die Verschlechterungen bzw. der Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung bedeutet für die werktätige, arbeitende Bevölkerung die schlimmste Auspömerung und eine Belastung für die Kommunen.“

Die Stadtratsversammlung in Beuthen O.S. fordert daher die Arbeitslosen- und Krankenversicherung bedeuten für die werktätige Bevölkerung der werktätigen, arbeitenden Bevölkerung durch solche Steuern, welche durch die nicht zulässige Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung diktiert wurden. Im Falle der Einführung dieser Diktatursteuern fordert die Stadtratsversammlung die gesamte werktätige Bevölkerung von Beuthen O.S. auf, die Zahlung solcher Steuern zu verweigern.“

Die Bergarbeiter von Mikulitschüh haben mit ihrer Entscheidung das Gebot der Stunde erkannt. Noch haben sie zwar ihrem Willensausdruck nicht jene unerlässlich klare Formulierung verliehen, die das Ziel erfordert, auf das ihre Entscheidung abgestellt ist. Aber das Entscheidende ist, daß sie der schließlichen Arbeiterklasse aufzeigen, in welcher Richtung der Kampf gehen muß.

Mit dieser Entscheidung ist der erste Schritt getan auf dem

Wege zum Massenkampf, der allein zum Siege führt.

Deshalb muß diese Entscheidung wie ein Signal die gesamte schließliche Arbeiterklasse in den Gruben und Betrieben mobilisieren. Unter dieser Forderung muß von den Betrieben aus die Einheitsfront nicht nur mit den Erwerbslosen,

sondern darüber hinaus mit den Kleingewerbetreibenden, Kleinbauern und unteren Beamten und Angestellten erstehen.

Für allen Dingen muß es uns jetzt gelingen, auch die SPD-Arbeiter in diese Front einzureihen. Wir müssen ihnen zeigen, wie, im Gegensatz zu den Kumpeln in Mikulitschüh, die sozialdemokratischen Führer in Beuthen gemeinsame Sache mit den Leuten machen, die auf dem Wege der Diktatur den Hungertod auf die Spitze treiben. Die SPD-Führer haben im Stadtparlament den Antrag der SPD. gemeinsam mit den Bürgerlichen abgelehnt, der ebenfalls die Verweigerung der Diktatursteuern verlangt.

Damit haben sich die SPD-Führer offen auf die Seite der Young-Diktatoren gestellt. Sie haben sich damit auch für die Bunzlauer Methoden erklärt, denn sie wissen ganz genau, daß die Arbeiterklasse nicht gewillt ist, freiwillig zu verzugern, was die Diktatursteuern herbeiführen wollen. Diese Stellungnahme gilt es vor der sozialdemokratischen und auch der christlichen Arbeiterklasse zu entlarven, wozu der Wahlkampf die beste Gelegenheit bietet.

Deshalb, Arbeiter Schließens! Folgt dem Beispiel der Kumpel der Abwehrgrube! Nehmt in allen Betrieben dazu Stellung! Laßt euch weder täuschen noch einschüchtern! Nur auf diesem Wege könnt ihr euren Untergang entgegen!

eine Franzniederlegung durch die Arbeiterklasse stattfand. Genosse Brodde betonte in kurzen Ausführungen, daß auch dieses Opfer eines gewissenlosen Polizeiterrors, der Schneidermeister Teubner eine Mahnung für die werktätige Masse sein muß: den Zusammenbruch aller Werktätigen, auch der Kleingewerbetreibenden, unter den Fahnen der kommunistischen Partei zum Kampf um den Sturz dieses verbrecherischen Systems bis zur Errichtung eines freien sozialistischen Deutschlands zu fördern.

Die Bunzlauer Arbeiterklasse, die an diesem Tage restlos unter Führung der SPD. marschierte, demonstrierte dann durch die Stadt bis zum Bahnhof, wo nach in einer kurzen Schlußkundgebung die Demonstration ihr Ende fand. Ungeheure Empörung und Verbitterung löste die Tatsache bei allen Arbeitern aus, daß der Vorsitzende der SPD. und erste Bevollmächtigte des ADGB, Hartmann, nicht am Sarge des Arbeiters und Freiheitskämpfers Haubner, der jahrelang Mitglied des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes war, das Wort ergriff, dafür aber im Rahmen einer kirchlichen Zeremonie, in Gegenwart des evangelischen Geistlichen und der bürgerlichen Vereine, auf dem Friedhof sprach.

## Bunzlauer Methoden in Striegau

Auch SPD-Arbeiter werden mit dem Gummimüppel bearbeitet!

Obwohl der Polizei von Striegau die blutigen Vorgänge von Bunzlau genau bekannt waren, ebenso die Erregung, die dadurch weit über Bunzlau hinaus unter den Arbeitern Platz gegriffen hat, ist es ihr nicht eingefallen, daraus die notwendigen Lehren zu ziehen. Die Vorgänge, die sich am Sonnabend hier abgespielt haben, zeigen genau das Gegenteil. Die Polizei will sich anjehlender für den kommenden Hungerwinter entsprechend trainieren. Der Gummimüppel soll den Hungernden beibringen, daß sie nach dem Willen der Götter sachte schweigend zu verreden haben.

Die Nazis hatten für Sonnabend eine Versammlung angesetzt, die sie unter dem Schutze der Polizei dazu benutzten, um gegen die Arbeiter in der infantilen Weise zu hetzen. Wir haben gewiß nicht vergessen, daß die Hakenkreuzler ihr Programm — wenn man bei ihnen von einem solchen überhaupt reden kann — vertreten. Aber dieser Gesellschaft geht es ausschließlich darum, die Arbeiter bis auf Blut zu reizen, um dann mit Hilfe der Polizei sich im Bürgerkrieg zu üben. So war es auch am Sonnabend in Striegau.

Ungefragt konnte der Naziredner die Arbeiter provozieren. Nach dem unser Genosse Geisler den Nazibetrug entlarvt hatte und der größte Teil der Versammelten den Saal verlassen hatte, glaubten die Nazis, „stark“ genug zu sein — im Vertrauen auf polizeiliche Hilfe — über die noch dagesessenen Arbeiter herzufallen. Und nicht nur die Polizei in Aktion, um den Arbeitern, worunter sich viele SPD. und Reichsbannerleute befanden, die Hindenburg-„Demokratie“ und den Jörgelbel-Sozialismus beizubringen. Unter den Nazis jagern tat sich besonders einer, namens Würrjan, hervor, der im Gebrauchen des Gummimüppels eine besondere Übung zu haben scheint.

Hoffentlich werden nun auch die sozialdemokratischen Arbeiter aus diesem Vorgang die richtige Lehre ziehen. Sie haben gesehen, wie die „Demokratie“ dem Faschismus die Bahn freimacht, und wenn ihnen trotzdem ihre Führer immer wieder einzureden versuchen, daß sie mit dieser „Demokratie“ in den Sozialismus marschieren können, dann müssen sie erkennen, daß man sie schamlos betrügt. Die SPD. wird in den nächsten Tagen in Striegau eine Versammlung veranstalten, in der ein Redner von uns den Ausweg, und zwar den einzig möglichen, weisen wird, in dieser Versammlung müssen wir sie ermahnen.

## Beisehung der in Bunzlau Ermordeten

### Bunzlauer Arbeiterklasse geschlossen unter Führung der SPD.

Gestern gab die Bunzlauer Arbeiterklasse den Opfern des Arbeitermordes vom 22. August das letzte Geleit. Tausende waren dem Ruf der kommunistischen Partei gefolgt und geleiteten die Opfer in einem durch seinen Gruß würdig wirkenden Zug unter Vorantritt der Franz- und Franzendeputierten aus einer großen Anzahl schließlicher Werkstätten zur Leichenhalle. Dort fand eine kurze Trauerfeier für den 56 Jahre alten Arbeiter Paul Haubner statt. Sowohl hier wie dann auch später an der Stadtbegräbnis sprachen Vertreter der kommunistischen Partei und der roten Hilfe. Genosse Brodde brachte im Auftrag der Partei zum Ausdruck, daß diese Opfer eines Systems, das Arbeiter schloß dem faschistischen Terror preisgibt, der gesamten Arbeiterklasse eine Mahnung sein müssen:

„Daß es keine der nächsten Arbeiterläufe unter Führung

der kommunistischen Partei sein muß, den wehrhaften Massenkampf gegen Faschismus und sozialfaschistischen Polizeiterror aufzunehmen.“

Mit einem Gelöbnis, den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse im Sinne des Klassenkampfes weiterzuführen und auch diese Blutopfer einmal zu rächen, fand die Trauerkundgebung ihren Abschluß. Heber die trauerumflorten Fahnen und die zum letzten Gruß erhobenen Arbeiteräufte sang wuchtig und ernst den roten Klassengenossen ein letztes „Rot Front!“ nach.

Die weit über 1000 Mann starke Trauerdemonstration bewegte sich dann zum Friedhof, wo nach der kirchlichen Trauerfeier, an der sich das Bunzlauer Proletariat nicht beteiligte,



# Waldenburger Bergland

dem Profit ist nichts heilig

## Der Sonntag wird auf den niederschl. Gruben abgeschafft Was wird der Fürstbischof zu dieser Schändung sagen?

Auf den niederschlesischen Gruben hat man ein neues Mittel zur Steigerung des Profits entdeckt. Sonnabends müssen die Kumpels zu Hause bleiben und dafür dürfen sie dann Sonntags arbeiten. Der besondere Vorteil entsteht auf folgende Weise. Betroffen werden von dieser Maßnahme vorwiegend Gesteinsleute, die zu den unproduktiven Arbeitern zählen. Die Gruben brauchen hierfür keine Steuern zu zahlen. Auf der anderen Seite erleidet durch diese Sonntagsarbeit die Förderung keine Einbuße, wie es der Fall ist, wenn die Gesteinsleute an den übrigen Tagen arbeiten, weil dann während dieser Zeit die Förderung beeinträchtigt ist.

Was werden nun zu dieser, aus niedrigerer Profitgier geborenen Beseitigung des Sonntags die frommen Zentrumsleute, und vor allem die Herren Pfarrer mit Sr. Eminenz dem Herrn Bertram an der Spitze, sagen? Werden sie jetzt auch einen Kreuzzug organisieren gegen diese gemeinen Sabbatstörer? Sie haben doch darin etwas los! Wie konnten die Herren Pfarrer von der Forderung und auch im Versammlungsraum weiten gegen die Sowjetunion, als dort der Sonntag „abgeschafft“ wurde! Dabei wußten die Herrschaften sehr gut, daß es mit dieser „Abhängigkeit“ seine eigene Bewandnis hat. Die russischen Arbeiter werden dadurch nicht um einen Rubel im Interesse von Geldsäckchen betrogen, sondern die Ruhmgeilheit wurde sogar dadurch erweitert. Wenn es russische Arbeiter nach religiöser Erbauung gelüftet, so bleibt ihnen auch nach der „Abhängigkeit“ noch Zeit genug, dieses Verlangen zu befriedigen. Entschuldigend aber war bei der Neuordnung in der Sowjetunion, daß sie im wohlverstandenen Interesse der Werktätigen selbst getroffen wurde. Hier aber haben nackte, brutale Geldsäckcheninteressen diese „Abhängigkeit“ des Sonntags herbeigeführt.

Nebrigens dürfte die Sache auch die Behörden interessieren, und bei dem Einfluß, den Sr. Eminenz der Herr Fürstbischof auf seinen Parteifreund Bekämpfung haben wird, dürfen wir wohl erwarten, daß er sich die Gelegenheit nicht wird entgehen lassen, die Schändung

möglichst bald zu beseitigen. Geschlecht es nicht, dann werden wir uns die Sache noch einmal vorknöpfen und noch einiges dazu sagen, dessen dürfen sich die frommen Herrschaften versichert halten.

### Die „Bergwacht“ und die Frauen Frauen, deren Schicksal die SPD-Presse interessiert!

Von einem Arbeiter aus Waldenburg wird uns geschrieben: Es liegt in der Natur der Dinge, daß die gegenwärtige katastrophale wirtschaftliche Notlage mit der das Proletariat ringt, ganz besonders hart die Frauen trifft. Sie sind es ja schon immer, denen die kapitalistische „Ordnung“ die Hauptlast aufbürdet. Der Jued ist zwar von einer teuflischen Bosheit, aber danach haben die Geldsäcke in allen Lagern nie gesträgt. Die Frau soll vom Daseinskampf so ermüdet werden, daß sie nicht nur selbst schwer zur Wehr greift, sondern damit auch gleichzeitig den Mann hemmt im Befreiungskampf.

Diese Tatsache kennt auch die SPD. sehr gut. Im Kampf für die Frau hat die SPD. sich nicht zuletzt das Vertrauen weiterer Arbeiterkreise erworben. Wobels bekanntes Buch „Die Frau und der Sozialismus“ hat auch die Frauen aufgerüttelt und sie in die Kampffront eingereicht. Aber das alles ist ja sehr lange her. Die Verbürgerlichung der SPD. tritt auch in dieser Hinsicht immer schärfer in Erscheinung. Der heutige Hungerkurs der Stahlhelmregierung gestaltet die Lage der Frauen täglich schwieriger. Kaum ein Tag vergeht, der nicht Tragödien unter der proletarischen Frauenwelt jutage fördert. Neben schwerer wirtschaftlicher Not lastet auf der proletarischen Frau der Fluch jenes unseligen § 218, der Jahr um Jahr Tausende von Frauen vernichtet, aber das Schicksal aller dieser Kämpfenden interessiert die SPD. heute nicht mehr. Sie ist nicht einmal für die Beseitigung jenes Schandparagrafen ernsthaft zu haben. Dagegen gibt es andere Frauen, für die die SPD. sich heute

### Kolporteurkonferenz

Am Sonntag, dem 31. August, um 15.30 Uhr, findet in Dittersbach,

Saßhof „Zum Fleßbau“, Hauptstraße 212, eine wichtige Kolporteur-Konferenz statt. Alle Kolporture müssen erscheinen. Fahrgehalt wird vergütet.

sehr interessiert. So unendlich viel Stoff das Ringen der proletarischen Frau auch bietet, es ist in der SPD-Presse wenig oder gar kein Raum dafür. So finden wir in der „Bergwacht“ am Sonnabend im Unterhaltungsbeleg eine lange Abhandlung über die Tragödie einer Frau. Aber es ist keine von den Tausenden von Frauen des Proletariats, sondern die Tragödie einer aus der Bourgeoisie stammenden Schauspielerin, über die die „Bergwacht“ allerhand zu erzählen weiß. Eine Schauspielerin Girardi, von den Proleten, die die „Bergwacht“ lesen, nicht einmal dem Namen nach bekannt, hat Selbstmord verübt, und da wird in rührender Weise eine Tragödie der Liebe zusammengeschmiert und dabei gleichzeitig auch einer anderen, ebenso geendeten Frau gedacht, der Schauspielerin Maria Orkla, eines jener modernen Lurusweibchen. Dafür hat die „Bergwacht“ Platz. Das tragische Schicksal von Millionen proletarischer Frauen aber interessiert die SPD-Presse nicht. Dieser Tatsache müssen die proletarischen Frauen am 14. September gedenken.

### Oberes Revier

Gottesberg. Schuhmachermeister König kein Nazigagitar. In der Nr. vom 9. August hatten wir in einem Bericht über eine Naziversammlung erwähnt, daß sich auch der Schuhmachermeister D. König in aktiver Weise für die Nazis betätigt hat. Unter anderem soll er auch in der Schuhmachervereinigung Propaganda für die Nazis gemacht haben. Wie uns nun sowohl von Herrn König als auch der Innung mitgeteilt wird, entsprechen unsere damaligen Behauptungen nicht den Tatsachen. Herr König insbesondere legt Wert darauf, in keinerlei Beziehungen zu den Nazis zu stehen. Er habe lediglich zwei öffentliche Naziversammlungen besucht, um den Meinungsaustausch unter den verschiedenen Parteien mal anzuhören. Wir nehmen von dieser Berichtigung Kenntnis und glauben, daß unser Berichterstatter wohl ein Irrtum unterlaufen ist.

## Niederschlesien Die Partei des Geldsackes!

Die Sozialdemokratische Partei behauptet immer, daß sie ihren Wahlkampf aus eigenen Mitteln bestreitet. Es ist schon eine altbekannte Tatsache, daß die Gewerkschaften eine Million Mark der SPD. für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt haben. Wer gibt überhaupt den Gewerkschaften das Recht, in solch einer Weise die Gelder der Arbeiter zu verschwenden? Hier zeigt sich deutlich die vielgepriesene „Demokratie“ in den Gewerkschaften; das Selbstbestimmungsrecht wird nicht beachtet; das ist wohl keine Diktatur?

Der Görlitzer Einwohnerschaft ist nun am Sonntag ein besonderes Heil widerfahren. Die „Görlitzer Volkszeitung“, deren „Schönheit“ 30 000 Exemplare ihrer Zeitung an die Einwohner von Görlitz. 30 000 Zeitungen kosten viel Geld; aber was macht es einer solchen korrupten Partei aus! Die Gelder fließen ja noch und noch. Brauchte nicht dieselbe Zeitung vor einigen Tagen ein Bild, wo der Kubel von Moskau nach der Berliner Wahlklasse der SPD. slog! Ihr Demagogen, wir haben es nicht notwendig, von unseren russischen Brüdern Geld zu nehmen, sie brauchen es selbst zum Aufbau des Sozialismus. Wir werden unseren Wahlkampf selbst finanzieren und werden dadurch, durch unsere ideale Arbeit, auch wirksamer entgegenzutreten können. Im besonderen möchten wir euch sagen, daß wir auch nicht von einer besonderen Klasse der Geschäftsleute abhängig sind. Habt ihr oder eure Parteigenossen schon einmal Listen von uns bei so verschiedenen Logen gesehen? Nein! Aber wir können euch nachweisen, daß eure Wahlfondlisten bei Macht und Mehl in verschiedenen Logen kursieren. Dort wird gezeichnet, denn die Geldleute wissen nur zu genau, daß die SPD. immer bereit ist, ihren Geldbeutel zu schütten.

Nun zu der Gratiszeitung: Da ist wieder einmal ein Flugblatt beigelegt, es ist gezeichnet von Otto Buchwitz, der allen Arbeitern nur zu gut bekannt ist. Es werden dort Kommunisten als Hausknechte Rußlands benannt. Wenn wir den einzigen Arbeiterhaat verteidigen, dann werden wir Lakaien genannt. Ihr sozialdemokratischen Führer seid allerdings Lakaien des Großkapitals, sonst müßtet ihr nicht schreiben: „Schafft eine solch starke SPD-Fraktion, daß ohne dieselbe nicht mehr regiert werden kann.“ Also hier liegt der Hase im Pfeffer. Die Sucht nach den Ministerjesseln ist schon wieder so stark, daß ihr auch bereit seid, wieder mit dem Großkapital zu regieren. Was aber dieser schamlose Geselle über die politischen Gefangenen schreibt, übersteigt alles bisher Dagewesene. Wörtlich heißt es:

„Werden dann einmal einige solcher politischen Hohlköpfe eingesperrt, so schreien diese „Revolutionäre“ aus voller Lungenkraft nach der Amnestie!“ Pjui Teufel!

So behandelt ein angeblicher Arbeiterführer die proletarisch-politischen Gefangenen. Unsere verurteilten Genossen haben immer vor dem Massenrichter ihren Mann gestanden; sie sind nicht zusammengesackt und sind auch nicht wegen krimineller Verbrechen verurteilt, sondern ihnen ist die Ueberzeugungsbüßerschaft zugesprochen worden. Seit wann ist denn Hoch- und Landesverrat eine politische Hohlheit? Dann rechnet ihr all eure alten Führer zu diesen politischen Hohlköpfen. Die Sozialdemokratie ist wirklich eine „feine Gesellschaft“ geworden. Jeder nur ehrlich denkende Arbeiter wird am 14. September diesem Dito Buchwitz die Quittung geben und die Liste der Kommunisten wählen. Hier heißt es: „Ausmisten, wählt Kommunisten!“

### Diktatur des Arbeitsamtes Görlitz!

Das Görlitzer Arbeitsamt versandte am 14. August 1930 an einige Genossen von uns „Patentbriefe“, dem einen wird mit Rausschmiß gedroht, weil er die „Arbeiter-Zeitung“ und den „Hungerleider“, das Organ der revolutionären Erwerbslosen, daselbst verlaufe, dem anderen wurde das Betreten des Grundstücks und des Gebäudes überhaupt verboten. Wir lassen den „Patentbrief“ wörtlich folgen:

Görlitz, 14. August 1930.

„Auf Grund Ihres Verhaltens am 25. Juli dieses Jahres unterlasse ich Ihnen hiermit das Betreten des Arbeitsamtsgebäudes und -grundstücks und mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich im Uebertretungsfall des Hausfriedensbruchs schuldig machen und strafrechtliche Verfolgung zu erwarten haben. Etwasige Arbeitsmöglichkeiten werden Ihnen von hier aus schriftlich mitgeteilt werden.“

Der von Ihnen verursachte Schaden (Beschädigung der Wand, Zimmer 5) ist beseitigt und durch einen Handwerker der frühere Zustand des Zimmers wieder hergestellt worden. Die hierfür entstandenen Kosten im Betrage von 6 Mark haben Sie zu ersetzen und ersuche ich Sie hiermit, den vorgenannten Betrag binnen zwei Wochen an die Kasse des Arbeitsamtes Görlitz (Postcheckkonto Amt Breslau Nr. 39909 oder Stadtbank Görlitz, Konto Nr. 2364) zu überweisen. Der Vorstehende: Neumann.“

Der Genosse erklärte, daß er an diesem Tage gar nicht in Zimmer 5 gewesen sei. Demnach kann er auch daselbst keine Beschädigung ausgeführt haben. Es scheint demnach so, als ob nur willkürlich, weil die Beamten vielleicht nicht richtig gesehen haben, unsere

Genossen gewalttätig aus dem Arbeitsamt geworfen werden sollen. Wir glauben schon, daß diesen Herren die Schreibweise und Berichterstattung der „Arbeiter-Zeitung“ und des „Hungerleiders“ so manche schlaflose Nacht verursacht haben!

Gegen diese Schikane hat der Genosse Einspruch erhoben. Wir sind wirklich neugierig, wie die Antwort lautet wird. Gemach, Ihr Herren vom Arbeitsamt! Wir lassen uns nichts verbieten! Nun er! recht!

Die Erwerbslosen werden am 14. September diesen Reuten die Antwort bestimmt nicht schuldig bleiben; sie werden für die Liste 4 stimmen!

### Bunzlau

#### Haltet Abrechnung mit den Arbeitermördern!

Donnerstag, den 28. August, 20 Uhr, findet im Volkshaus eine öffentliche Versammlung der SPD. statt, in der der Genosse Brodke spricht.

Werktätige, erscheint in Massen!

### Liegnitz

#### Erfolgreiche Landpropaganda!

Am vergangenen Sonntag wurde von Kabfahrerkolonnen das flache Land bearbeitet. Die mitgenommenen „Arbeiter-“ und „Dorf-“ Zeitungen wurden reißlos umgesetzt. Der Trupp in der Richtung Paubermich konnte eine von zirka 50 Landproleten besuchte Versammlung abhalten; von den anderen Trupps bearbeitete der eine die Strecke Teuschel, Wandrich, Ritschstadt, das ausgesprochene Hahnenkennetz; der andere die Strecke Koischnitz-Dürschwitz-Aniegnitz-Bartsdorf. In Kniegnitz ist der Dorfgerwaltige, der Gemeindevorsteher dabei, moderne Malerei einzuführen, und zwar hat er an seine Torpfeiler rechts und links große Hakenkreuzwappen anbringen lassen. Na die Republik bezahlt ja alles. Vielleicht hat er auch schon seinem Ochsen das Wappen des „Dritten Reiches“ auf den Schädel gemalt. Auch in der Stadt wurde die Wahlpropaganda mit Erfolg durchgeführt.

### Kolporteurkonferenz für den Unterbezirk Görlitz

Der Neue Deutsche Verlag Berlin beruft für Sonnabend, den 30. August, um 19 Uhr, nach Görlitz ins Lokal „Union-Bierstuben“, Langenstraße, Ecke Fleischerstraße, eine wichtige Kolporteur-Konferenz ein. Das Fahrgehalt wird vergütet; es ist möglichst Sonntagsfahrkarte zu benutzen. Die betreffenden Genossen haben bestimmt daran teilzunehmen.



# Und doch

läßt sich über den Geschmack streiten, es gibt nämlich guten und schlechten. Auf dem Gebiete des Tabaks werden in allen Ländern andere Sorten bevorzugt. Der sachlich prüfende Amerikaner, dem in Bezug auf Qualität nichts vorzumachen ist, hat von jeher die hochwertigen, bulgarischen Tabake gewählt.

Seitdem auch der deutsche Raucher Kenner geworden ist, weiß er den Vorzug dieser edlen Sorten, die in den BULGARIA-ZIGARETTEN verarbeitet sind, zu schätzen.

## BULGARIA-KRONE

die stets frische und gleich gute 5 Pfg. Zigarette.

# 5 BULGARIA



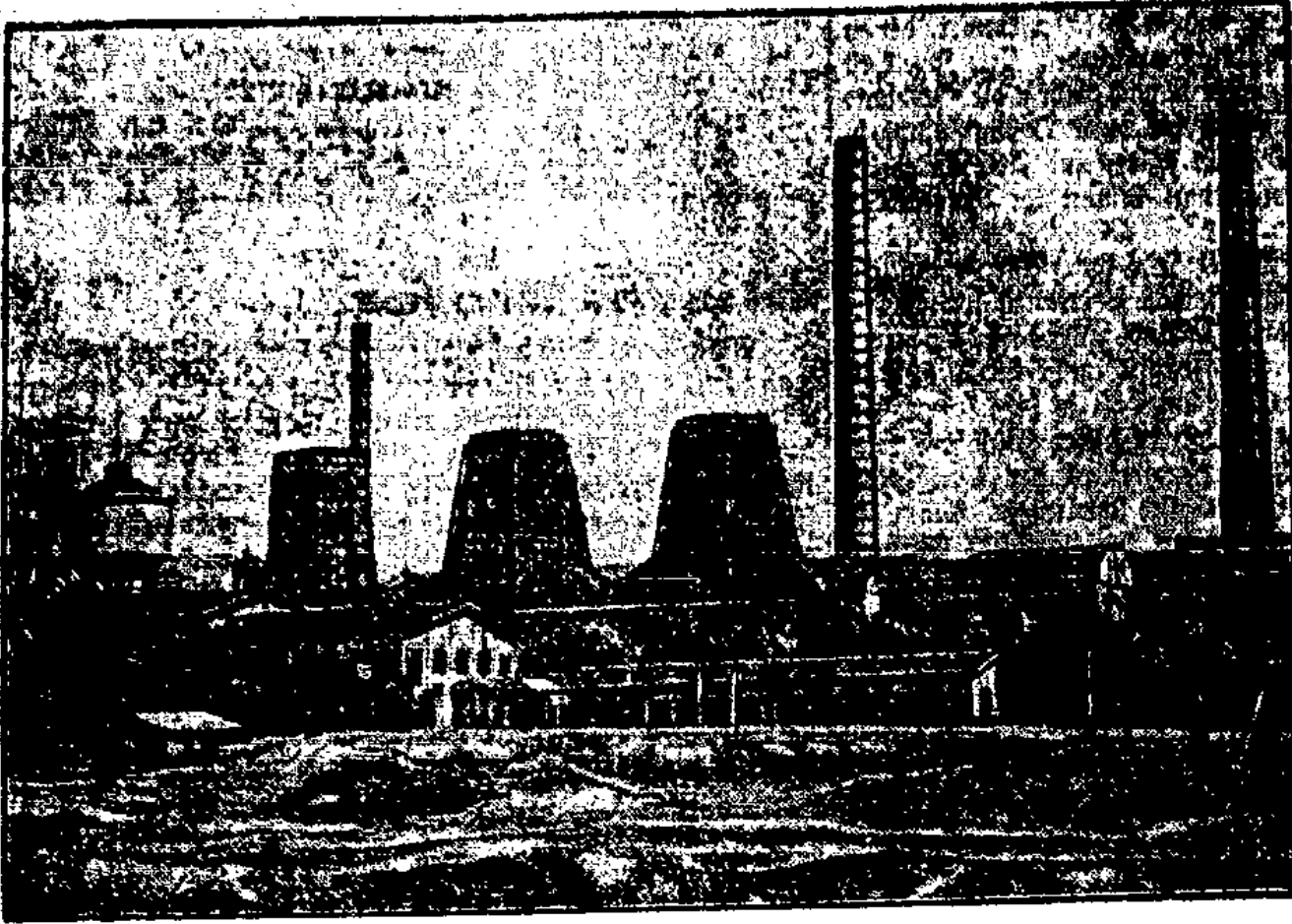


# Rund um den Erdball

In der oberschlesischen Kumpelhölle wieder

## 9 Bergleute tödlich verunglückt

Die zweite Katastrophe in 5 Monaten



Rationalisierungshölle „Hildebrandschacht“.

Rattowitz, 26. August. Durch Zubrechgehen eines Pfeilers ereignete sich am Montag auf dem Silberbrandtschacht in Wirtel in Ostoberschlesien ein schweres Grubenunglück, wobei vierzehn Bergleute verunglückt wurden. Nur fünf Mann konnten lebend zutage gebracht werden. Drei Kumpels wurden als Leichen geborgen. Die sechs übrigen gelten ebenfalls als verloren, da auf ihnen gewaltige Gesteinsmassen lagen. Nach den letzten Meldungen wird man an sie, trotzdem Tag und Nacht die Rettungsarbeiten fortgesetzt werden, kaum vor zwei Tagen herankommen können. Innerhalb eines Zeitraumes von fünf Monaten ist diese Katastrophe die zweite auf der Silberbrandtschacht. Auch damals mußten mehrere Kumpels durch die unerfüllte Prostitution der Kohlenbarone zum Opfer.

## Das rote ABC

J.

Der Invalide kommt nirgends mehr unter. Doch Jorns und Jürgens sind immer noch munter. Die Jobber, Juden und Jungdogesellen Verhandeln mit Junkern und Industriellen. Auch die Justiz mit der Jesuitenmoral. Steht heut in Italien ihr Ideal. Es hoffen die deutschen Interessenten. Daß sie's hier wie in Indien machen könnten. Rote Jugend, räum' auf mit den Imperialisten!

### Wählt Kommunisten!

## Das 70. Todesopfer in Lübeck

Krank zur Zeit noch 50 Säuglinge

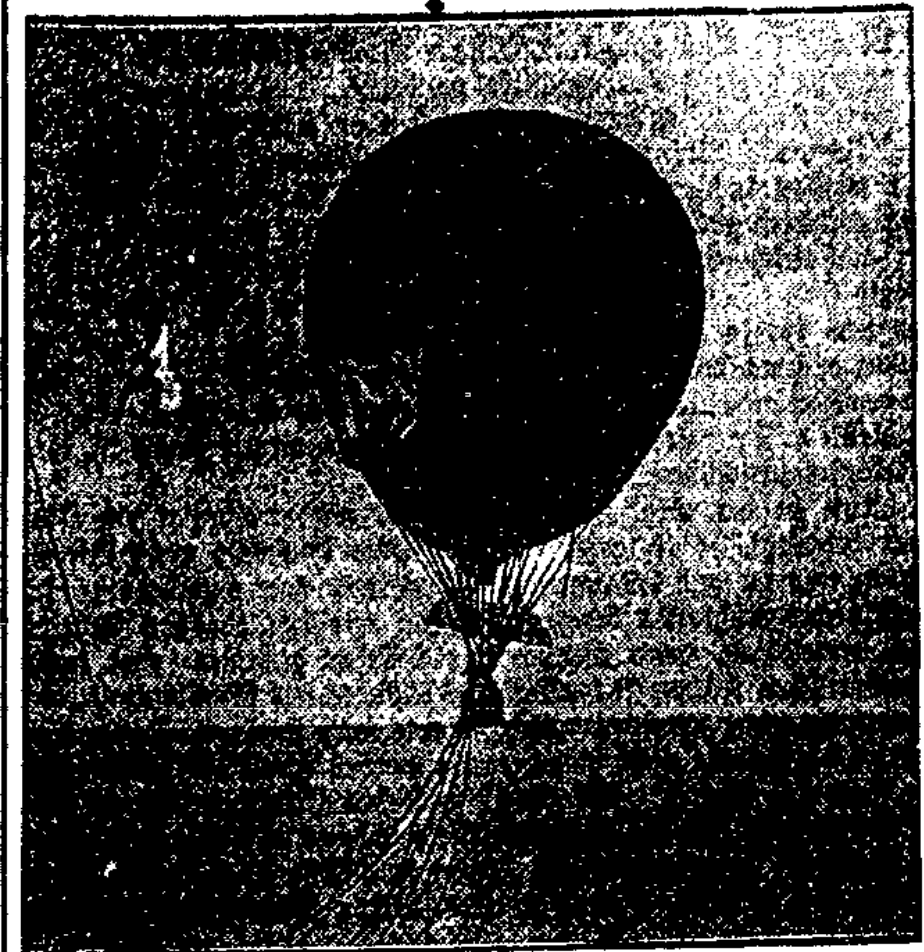
Lübeck, 26. August. Das Lübecker Gesundheitsamt ist gezwungen, das Ableben von zwei weiteren Säuglingen, die dort mit dem verunreinigten Galmette-Präparat gefüttert wurden, zu melden. Damit hat der verbrecherische Leichtsinns der Lübecker Ärzte und Gesundheitsbehörden bisher im ganzen 70 Todesopfer gefordert. Krank sind zur Zeit noch 50 Säuglinge, die ärztlichem Ermessen nach ebenfalls über kurz oder lang sterben müssen. Die Mörder aber erfreuen sich nach wie vor ihrer Freiheit.

## Bootsunglück im Kurischen Haff

Drei Arbeiter bei Rettung eines Kollegen ertrunken

Memel, 26. August. Auf dem Kurischen Haff bei dem Fischerdorf Perwell hat sich am Montagabend ein schweres Bootsunglück ereignet. Die Memeler Hafendauerverwaltung hatte zur Ausführung von Reparaturen an einem Leuchtturm mehrere Handwerker dort hingeschickt. Während ein Monteur in einem Boot am Leuchtturm arbeitete, riß die Seile, wodurch das Boot abtrieb. Sechs Kollegen nahmen nun einen Segelkahn, um das abtreibende Boot einzuholen. Der Kahn schlug plötzlich um, und alle sechs Insassen fielen ins Wasser. Nur drei Mann konnten gerettet werden, die übrigen ertranken.

## Schacher um Andrees Tagebuch beginnt



Obwohl noch nicht bekannt ist, ob das Tagebuch des Nordpolforschers Andree so gut aufgetaut und erhalten werden kann, daß man die Schrift zu entziffern vermag, überbieten sich bereits die großkapitalistischen Pressekonzerne im Kauf dieser willkommenen Sensation. So hat eine amerikanische Nachrichtenzentrale eine halbe Million Kronen geboten, um das Alleinrecht der Veröffentlichung des Tagebuches zu erwerben. Inzwischen hat der alte schwedische Kreuzer „Svensksund“, der seinerzeit die Andreesche Expedition nach der dänischen Insel beförderte, Befehl erhalten, die sterblichen Überreste der Forscher nach Schweden einzuholen. Unser Bild zeigt den Start Andrees mit seinen beiden Gefährten auf dem Freiballon „Adler“ am 11. Juli 1897 von der Däneninsel zum Nordpol.

### Ausbruch französischer Strafgefangener

Mehrere Inassen des Gefängnisses in Nîmes in Provence haben am Montag nachmittag nach Ueberwältigung eines Wärters die Flucht ergriffen. Trotzdem Polizei und Gendarmen mit Polizeihunden sofort die Verfolgung aufnahmen, gelang es nicht, der Ausbrecher h a b h a s t zu werden.

Schmugglerschiff in Amerika beschlagnahmt  
Ein englisches Motorschiff, das für etwa 40 000 Dollar Spirituosen an Bord hatte, wurde in der St. Katharine-Seeenge von amerikanischen Küstenwache Schiffen angehalten und beschlagnahmt.

Zwei Tote, drei Schwerverletzte bei einer Schießübung  
Auf einem Schießplatz in Messina wurden durch ein Geschossexplosion zwei Soldaten auf der Stelle getötet. Drei mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

## Sozialdemokratischer Oberbonze warnt Arbeitsamtsbonzen:

# „Achtung, morgen kommt Revision!“

## 9 sozialdemokratische Arbeitsamtsangestellte von Eisleben vor Gericht

Eisleben, 26. August. Neun sozialdemokratische Angestellte und Beamte des Arbeitsamtes in Eisleben hatten sich vor einigen Tagen wegen Betrugs, Amtsunterschlagung, Untreue im Amt, Urkundenfälschung, Aktenvernichtung usw. usw. zu verantworten. Der eine der Angeklagten war Stadtrat, der andere Provinziallandtagsabgeordneter, der dritte Stadtverordneter, einer Sekretär, ein anderer Obersekretär, kurz, jeder hatte einen Posten, auf dem sich gut leben ließ. Auf der Anklagebank gaben sie ein glänzendes Beispiel für die ungeahnten Aufstiegsmöglichkeiten staatsreuer Sozialdemokraten.

### Der Werdegang des Bonzen

Bezeichnend ist die Laufbahn des Angeklagten Winkler. Schriftsetzer von Beruf, dazu fanatischer Kommunistenreferent, wurde er mit Hilfe einflussreicher Parteigenossen bald Beamter und brachte es verblüffend schnell zum Regierungsrat. Seiner so hoffnungsvoll angefangene Karriere hat das Gericht nun mit einer Strafe von 2 1/2 Jahren Gefängnis und drei Jahren „Ehrverlust“ vorerst einmal ein Ende gesetzt. Mit geradezu entzückender Kaltblütigkeit erklärte Winkler vor Gericht: „Da ich in der SPD. und in der Gewerkschaftsbewegung seit langem tätig war, hat mich meine Partei als Stadtrat nach Eisleben gebracht, wo ich Vorsteher der sozialen Bezirke wurde. Mein Bildungsgang ist der, den man in letzter Zeit als den Werdegang des Bonzen bezeichnet.“

### Wie sie auf Kosten der Aermsten schlemmen

Unter der Leitung dieses offenerhitzigen Sozialdemokraten sah die Tätigkeit seiner Untergebenen im Eislebener Wohlfahrts-

## Ausländische Arbeiterkinder in der USSR.



Einen begeisterten Empfang bereitete die Leningrader Arbeiterschaft einer Gruppe ausländischer Kinder, die zum internationalen Kinderwelttreffen in Rußland eintrafen. Unser Bild zeigt den Begrüßungsturm auf dem Sowietcampier „Smolny“ bei der Ankunft im Leningrader Hafen.

amt, wie die Gemeisenaufnahme im Prozeß ergab, folgendermaßen aus: Morgens schlief man im Amt gewöhnlich seinen Raufsch aus. Wer zufälligerweise mal feinen hatte, erlebte Motorrobfahrten für die Sozialdemokratische Partei oder privat. Das Motorrad gehörte dem sozialdemokratischen Angestellten und Mitangeklagten Reineide. Die Maschine, die 3000 Mark gekostet hatte, ist von den 20 000 Mark, die Reineide unterschlagen hatte, gekauft worden. Nachmittags beschäftigten sich diese Sozis damit, Kassenbelege zu fälschen, fingierte Konten zu führen, belastende Schriftstücke zu vernichten oder Reisespesen aufzuschreiben, die jeder Unterlage entbehrten. Des Abends endlich erholte man sich gemeinsam von den Anstrengungen des arbeitsreichen Tages bei Sektgelagen und ähnlichen „proletarischen Genüssen“. Diese erbaulichen Zustände währten jahrelang.

### Der Oberbonze warnt seine Spießgesellen

Ein treuer Bundesgenosse der neun angeklagten Sozialdemokraten war der damalige Oberbürgermeister von Eisleben, ein Schlingling Hörzings, namens Claus. Dieser Oberbürgermeister war über die haarsträubende Lotterwirtschaft des Arbeitsamtes Eisleben genau unterrichtet. Erfuhr er, daß eine Kassenrevision drohte, dann rief er seine Genossen im Arbeitsamt an: „Achtung, macht euren Krepel in Ordnung, morgen kommt Revision!“ Dann entwickelte sich im Arbeitsamt regelmäßig eine ameisenfleißige Tätigkeit und jeder „Genosse“ entwickelte geradezu verblüffende Fähigkeiten in der Erfindung von betrügerischen Maßnahmen, mit denen die Fehlbeträge verschleiert wurden, die schließlich eine Höhe von 56 000 Mark erreichten.

### Bonzen im Druck

Eines Tages aber mußte der Angeklagte Stephan, trotz aller Raffinesse, nicht mehr weiter. In seiner Not wandte er sich an einen gewissen Horibog, gekand ihm seine Verfehlungen und bat um Geld. Als Gegendienst versprach er ihm eine Beamtenstelle. Dieser aber weigerte sich und erstatete beim Oberbürgermeister Claus Anzeige. Was aber tat Claus? Er drohte, Horibog ins Irrenhaus zu bringen, wenn er weiter über die Angelegenheit rede. Einen Tag nach seiner Angezeigerstattung wurde Horibog aus dem städtischen Dienst entlassen.

Eine merkwürdige Rolle in dieser unglaublichen Skandalaffäre spielte der jetzige Regierungspräsident von Frankfurt a. d. Oder, Figner. Amtlich hatte er zwar mit dem Arbeitsamt nichts zu tun, als Parteimitglied konnte er jedoch die Verfehlungen seiner Parteigenossen. Das hat der Angeklagte Winkler vor Gericht ausgegagt. Es besteht also die Tatsache, daß einem preussischen Regierungspräsidenten vom Gericht der Vorwurf gemacht wurde, grobe Verfehlungen von Beamten verjagt zu haben, anstatt sie zur Anzeige zu bringen. Man hat bisher nichts davon gehört, daß die preussische Regierung den Beschuldigungen gegen diesen Regierungspräsidenten nachgegangen ist.

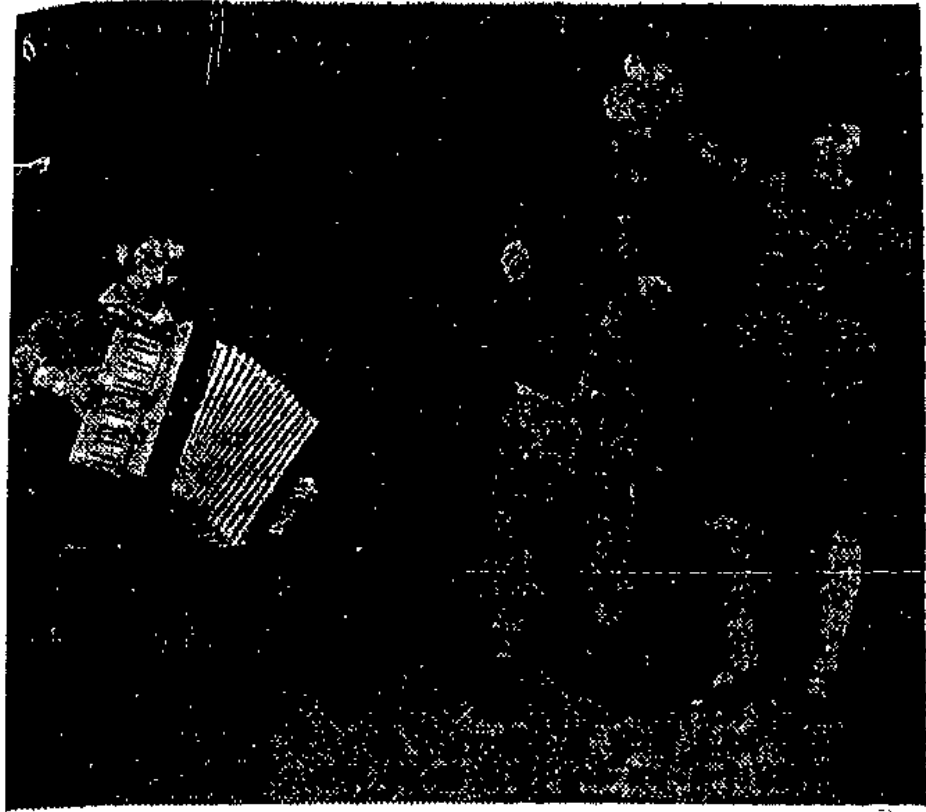
Also Korruption überall und überall, wo sozialdemokratische Bonzen an der Futterrippe angelangt sind. Die Interessen der Arbeiter und Angestellten, die Interessen der hungernden Erwerbslosen werden strupplos verraten und verkauft, um dieser Bonzokratie ein Leben in Saus und Braus zu gewährleisten.

Die Arbeiterschaft muß mit diesen nichtsunghigen Verrätern und Parasiten endlich aufräumen. Am 14. September ist die erste Gelegenheit dazu! Kein anrechter Proletarier darf seine Stimme einer Partei geben, die, wie das vorstehende Beispiel zeigt, von einer Bonzokratie beherrscht wird, die die Interessen der Gesamtarbeiterschaft fortgesetzt mit Füßen tritt.



# Breslau

„Kolonne Links“ spielt:



Die „Kolonne Links“, die hervorragende Schauspieltruppe der P.H., tritt am 4. September in Breslau auf. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam mit der Aufforderung, den Abend freizuhalten und Eintrittskarten im Vorverkauf zu besorgen.

In der Provinz tritt die „Kolonne Links“ wie folgt auf:  
Mittwoch, 27. August: Rauban, Hotel „Bellevue“.  
Donnerstag, 28. August: Göllig, „Konzerthaus“, Leipziger Straße.  
Freitag, 29. August: Girshberg, „Gasthaus zum Kronprinzen“.  
Sonnabend, 30. August: Landeshut, im Luderfaal.  
Sonntag, 31. August: Waldenburg, im „Edelstein“.  
Montag, 1. September: Langenbielau, Dinters Gesellschaftshaus, Hermann-Wöhlm-Straße.  
Mittwoch, 3. September: Schweidnitz, „Stadt Breslau“, Breslauer Straße.  
Freitag, 5. September: Liegnitz, im „Wintergarten“.  
Sonnabend, 6. September: Gellberg.  
Sonntag, 7. September: Brieg, „Villa Nova“.

## Wir fordern exemplarische Bestrafung

In der Versammlung der Breslauer Erwerbslosen, über die wir in einem besonderen Artikel berichten, wurde u. a. folgende Entschließung zu den Vorgängen am Mittwoch angenommen:

Die Breslauer Erwerbslosen erheben schärfsten Protest gegen das Vorgehen der Breslauer Polizei bei dem Unglücksfall an der Sternstraße. Sie verlangen exemplarische Bestrafung des Beamten, der die Erwerbslosen als „arbeitscheues Gesindel“ beschimpfte und derjenigen Beamten, die die Schiffe auf die Erwerbslosen abgaben. Gerade bei einem Anlaß, wo sich die Erwerbslosen als willige Helfer bei dem Unglück eines Mitmenschen gezeigt haben, war das Auftreten der Polizeibeamten ein bewußt provokatorisches, das aber in der ganzen Politik, die gegenüber den Erwerbslosen und der Betriebsarbeiterschaft betrieben wird, zu suchen ist. Die Erwerbslosen werden sich auch in Zukunft ein berartiges Verhalten nicht gefallen lassen.

## Aufgefundene Leichen

Am 8. August wurde im Forst in Slawenitz Kreis Kojel ein etwa 20—30 Jahre alter Mann als Leiche aufgefunden. Der Tod ist infolge Erhängens eingetreten. Es liegt Selbstmord vor, der nach dem Verweigungsgrad der Leiche schon im April d. J. begangen worden sein muß. — Western früh gegen 8,45 Uhr wurde aus der Ober zwischen dem Oberhöfchen und Schaffgöschgarten eine etwa 22—24 Jahre alte weibliche Leiche geborgen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben ergeben, daß es sich um die seit dem 25. August als vermißt gemeldete Margarete Leihoff aus Striegan handelt.

Das Spiel mit dem geladenen Revolver. Gestern mittag gegen 12,30 Uhr schoß der Maurer Walter F. den Arbeiter Konrad R. beim unvorsichtigen Hantieren mit einer Pistole in den Rücken. F. und R. sind gut befreundet und besaßen sich bei einem Verwandten im Grundstück Kojeler Straße.

Versuchter Raubüberfall. Am Montagabend gegen 21 Uhr wurde der Gärtnergehilfe Georg G. auf der Hardenbergstraße von einem Manne angefallen, der unter Vorhalten eines Revolvers die Herausgabe des Rabes, welches G. führte, erzwingen wollte. Es gelang aber dem Gärtner, mit dem Raube zu flüchten.

Rabiate Radfahrer. Am Montagmittag gegen 12,25 Uhr fuhr J. Neue Weltgasse wohnhaft, mit seinem Zweirade die Promenadenanlagen am Nikolaispaziergarten entlang. Kurz hinter der Konditorei von Hundel a. Appelt fuhr der Radfahrer die mit Aufräumungsarbeiten auf der Promenade beschäftigte Martha Vogt aus der Hochwaldstraße 50 an, wobei diese hinfiel. Als sich die B. von ihrem Schrecken erholt hatte, schlug sie der rabiate Radfahrer mehrmals ins Gesicht und wollte sich dann durch schnelles Wegfahren der Feststellung entziehen. Ein hinzukommender Polizeibeamter nahm ihn fest.

Autofahrt im Stadteil West am Donnerstag Punkt 18 Uhr vom Anglerheim. Karten sind bei den Funktionären und im Lokal zu haben! Preis 40 Pfg. Gewissen, macht regen Gebrauch davon!

PSB. Scheinung und Dertor. Donnerstag 17,30 bis 19,30 Uhr Heimabend bei Schnieder, Uferstraße. Erscheinen ist Pflicht.

## Arbeitersport

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 14. Kreis — Kreisrat. Mittwoch, den 27. August, 20 Uhr: Kreisratsitzung im Kartellbüro. Zur Beratung stehen 1. Geschäftliches, 2. Anträge an das Landes-Jugendamt, 3. Kreisfesttraktat, 4. Verschiedenes.

Der Führer der Kommunist. Partei

# Genosse Ernst Thälmann

Spricht am Freitag im „Lunapark“

# Die Breslauer Erwerbslosen fordern

Breslau, 27. August.

Am Montag fand im „Bergkeller“ eine Versammlung der männlichen Erwerbslosen, und am Dienstag eine Versammlung der weiblichen Erwerbslosen in den Astorläden statt. Die Referenten Genossen Adelt und Zylla gingen auf die wirtschaftliche Notlage der Erwerbslosen ein und wiesen darauf hin, daß es notwendig sei, wenn die Erwerbslosen ihre Forderungen auf Winterhilfsmassnahmen durchsetzen wollen, zu kämpfen. Gerade in den letzten Tagen sind ungeheuerliche Verschlechterungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung in Kraft getreten, die die Lebenshaltung der Erwerbslosen noch mehr verunmöglichen. Deswegen seien die Forderungen der Erwerbslosen um so mehr berechtigt. Bei der Reichstagswahl am 14. September aber heißt es: Wahrung zu halten mit den Parteien, die jahrelang das Interesse der Erwerbslosen mit Füßen getreten haben. Nur die Kommunistische Partei ist einzig und allein für die Erwerbslosen eingetreten. In der Diskussion wurde betont, daß es erstreblich ist, die Erwerbslosen zu einem festen Zusammenschluß unter der Führung des Landes-Erwerbslosenausschusses zu bringen, erst dann kann

der Kampf siegreich geführt werden. Nachstehende Anträge wurden einstimmig angenommen:

Antrag.

„Die versammelten Breslauer Erwerbslosen verlangen angesichts ihrer immer größer werdenden Notlage daß sie in früheren Jahren die Winterhilfsmassnahmen in Kraft treten, und zwar für alle Erwerbslosen (Arbeitslosen, Krüppel- und Wohlfahrtsunterstützten), Empfänger von allgemeiner Wohlfahrtsunterstützung, Sozial- und Kleinrentner. Diese Winterhilfsmassnahmen sollen bestehen in

1. einer einmaligen Wirtschaftshilfe in Höhe von 50 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, 20 Mark für die Ehefrau, 10 Mark für jedes Kind;
2. ab 1. Oktober jeden Monat 4 Zentner Kohle für jeden Haushalt;
3. ab 1. Oktober jede Woche einen Lebensmittelchein in Höhe von 1,50 Mark.“

Den erwerbslosen Kollegen rufen wir heute bereits zu: Kämpft für eure Forderungen! Heraus zum roten Erwerbslosentage am 10. September!

# Große Nazi-Plünderung in Weisterwitz

Den Nazi-Salunken sei gesagt: Weisterwitz ist und bleibt rot!

Am Sonntag fand der schon lange angekündigte Naziausmarsch in Weisterwitz statt. Ungefähr 250 dieser Mordbanditen, bewaffnet mit allerhand Mordinstrumenten, waren zu dieser Versammlung aus mehreren Kreisen erschienen. Ein Lokal zur Abhaltung der Versammlung haben sie nicht bekommen, deshalb stellte der Nazimann Zimmermeister Grösch seinen Schuppen zur Verfügung. Die Kommunistische Partei führte eine wichtige Protestdemonstration durch. Da die Leitung dieser Naziversammlung unseren Genossen nur eine Viertelstunde Medefreiheit zusicherte, wurde eine eigene Versammlung vor dem Grundstück, in dem die Nazis waren, abgehalten. Genosse Wiesner-Oblau rechnete mit der Möglichkeit dieser Kuch-Arbeiterpartei gründlich ab und zeigte den Nazis das wahre Gesicht dieser Partei auf. Stürmischer Beifall der anwesenden Arbeitermassen zeigte, daß die Massen hinter der kommunistischen Partei stehen. Genosse Proste schloß mit einem kurzen Appell an die Arbeiter die Weisterwitzer gewaltige Kundgebung. Hierauf formierte sich ein Demonstrationzug, an dem sich Hunderte von Arbeitern beteiligten. Der Weisterwitzer Arbeiterchaft, der sich eine ungeheure Erregung angesichts dieser Mordbanditen bemächtigte, verlangte durch eine Delegation, bestehend aus sozialdemokratischen und kommunistischen Gemeindevertretern und Schüssen bei dem Leiter der Polizei das sofortige

Verschwinden dieser Salunken. Dem wurde stattgegeben, und nach einer Viertelstunde räumten die Nazis ab. Beim Abziehen kam es am Schluß des Zuges auf Grund der Provokationen der Nazis zu einer Schlägerei. Die Nazis griffen sofort mit Gummiknüppeln, Dolchen, Schlagringen, Totschlägern und Rappelschläffeln die sich zur Wehr setzenden Arbeiter an. Plötzlich fiel ein Schuß von einem Nazi, und daraufhin wurde auch von einem Landhüter in die Menge geschossen. Verletzt wurde durch diesen Schuß, soweit uns bekannt, niemand. Bei diesem Zusammenstoß hat sich wiederum gezeigt, daß diese Nazi-Abenteurer bis an die Zähne bewaffnet sind, und daß die Polizei, wie nicht anders zu erwarten ist, in einer Front mit den Nazis gegen die Arbeiter gehalten hat.

Das Ohlauer Blätterblatt verlor in seiner Ausgabe die Schuld an dem Zusammenstoß den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Das wundert uns nicht, zumal der Verfasser dieses Blätterblattens selbst Nazimann und durch seine unobjektive Berichterstattung bekannt ist.

Wir sagen diesen Nazi-Abenteurern: Weisterwitz ist und bleibt rot! Niemals wird es diesen Salunken gelingen, dort unter der Arbeiterchaft Fuß zu fassen. Den Weisterwitzer Arbeitern und Arbeiterinnen rufen wir zu: Schart euch enger um die SPD, die einzige antifaschistische Partei. Wählt am 14. September Liste 4!

# Polizei schützt Nazistrolche in Strehlen

Die Arbeiter wehren die Provokationen ab

A. P. Am 23. August hielten die Nazis eine öffentliche Wahlversammlung in Strehlen ab. Dazu waren circa 150 auswärtige Hitlerbanditen aus dem Kreise Ohlau erschienen, die durch ihre Provokationen die Strehlener Arbeiterchaft in volle Empörung brachten. Als die Kommunisten abends gegen 10 Uhr von der Landagitation kamen, fanden bereits Hunderte von Arbeitern vor dem Versammlungsort. In Nieggersdorf, wo ebenfalls eine Hitlerversammlung stattfand, wurde von den Nazis ein Ueberfallkommando angefordert. Nachdem sie ihr blutiges Handwerk vollbracht hatten, indem sie

Frauen und Kinder schlugen,

kehrten sie wieder nach Strehlen zurück. An der Stadtgrenze wurden sie von den Arbeitern auf proletarische Art „begrüßt“, so daß sie ihr Heil in der Flucht suchten. Vor dem Versammlungsort wurden die Nazis sofort von der Polizei in Schutz genommen. In dem Moment, als sich die empörte Menge auf die Mordbrenner stürzte und die Autos umklippen wollte, zog

die Strehlener Polizei sofort ihre Gummiknüppel gegen die Arbeiterchaft. Man konnte feststellen, daß die Strehlener Polizeigarde schon von ihrem Hauptling Zörgiebel sehr viel gelernt hat, welcher am 1. Mai 1929 33 Arbeiter niederstießen ließ. Es ist ja auch leichter, gegen wehrlose Arbeiter vorzugehen, als gegen schwerbewaffnete Nazihorden. Als Hunderte von Arbeitern die Entwaffnung der Faschisten wiederholt forderten, hatte die Polizei nichts Gütigeres zu tun, als mit brutaler Gewalt die Straße zu räumen. Daß die Horden Waffen bei sich trugen, beweist, daß bei ihrer Abfahrt ein Schuß aus dem Auto fiel. Der Bandenführer Mevius aus Strehlen forderte das Breslauer Ueberfallkommando an, damit er wenigstens mit seinen übriggebliebenen 50 Mann mit heißen Knochen um 1/2 Uhr morgens abziehen konnte.

Polizei und Nazis Hand in Hand gegen die Arbeiter! Arbeiter, wehrt euch! Schließt die Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei! Bildet in jedem Betrieb antifaschistische rote Arbeiterwehren!

## Mittelschlesien

### Roter Landsonntag

Die Strehlener Genossen unternahmen am Sonntag ihren ersten Wahlaustritt unter zahlreicher Beteiligung. In Groß-Pniewitz sprach Genosse Hante zu den erschienenen Landarbeitern. Er zeigte ihnen an Hand von Tatsachen die Verräterpolitik aller bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD. Mit der Aufforderung, am 14. September Kommunisten zu wählen, schloß er seine Ausführungen. Der reiche Beifall bewies, daß ihn die Proleten verstanden haben. In Senitz sprach Genosse Wegwerz. Aufmerksamkeitiger Zuhörer und guter Umfah von Material war das Resultat. In Heiderdorf, wo die SPD eine Wahl demonstration hatte, sprach Genosse Andrazza zu Hunderten von Landarbeitern und Reichsbannerarbeitern. Er verstand es, die Proleten zu fesseln und ihnen die Augen zu öffnen über den Verrat der Hermann-Wüller- und der Brüning-Regierung an der Arbeiterklasse. Mit der Aufforderung, am Wahltag der Liste 4 die Stimme zu geben, schloß er sehr mit großem Beifall und zustimmenden Zurufen aufgenommenes Referat. Unter dem Spiel der Internationale wurde abgedrückt und nach Rager-öls gefahren. Dort sprach Genosse Schmidt zu den Arbeitern. Die Genossen der jungen Ortsgruppe Langenöls unterstützten das aufs beste. — Genossen, der erste Wahlaustritt hat gezeigt, daß die Landproleten auf uns warten. Verstärkt die Wahlarbeit und Propaganda für einen Sieg der Arbeiterklasse!

Ohlau. Aus der RSDAP. ausgetreten. Der Arbeiterchaft von Ohlau und Kreis zur Kenntnis, daß ich, Leo Fischer, aus der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ausgetreten bin. Die Gründe, die mich veranlassen, aus dieser Partei auszutreten, sind zu suchen in der arbeitfeindlichen Politik dieser Partei. Leo Fischer.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinsteil (außer Oberschlesien) Ernst Wellenher, Breslau; für Oberschlesien Fritz Jendrowsch, Hindenburg. Für Inserate: Karl Cander, Breslau.

Zur natürlichen Bräunung der Haut fetze man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzliche Rötung eine gesunde sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Leodor, Tube 60 Pfg. und 1 Mk., Leodor-Seife 50 Pfg. In allen Florobont-Verkaufsstellen zu haben.



# Die völkertreuende „Internationale“

Am 22. und 23. August hat in Zürich die Exekutive der II. Internationale tagend. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen zwei nationale Fragen. Die Stellungnahme der Exekutive zu diesen Fragen enthüllte wiederum den sozialimperialistischen Charakter der II. Internationale. In keiner dieser Fragen wurde bezeichnenderweise eine Einmütigkeit erzielt, da jede Partei den Standpunkt ihrer Regierung vertritt.

In der Saarfrage erwies sich eine Verständigung zwischen der französischen und der deutschen Sektion trotz langwieriger Verhandlungen als unmöglich. Es wurde schließlich eine nichtsagende Resolution angenommen, in der die Einsetzung einer Sonderkommission zur Beilegung der „Missverständnisse“ beim Saarproblem angelobt wird.

Besonders ausführlich befaßte sich die Exekutive mit dem indischen Problem. Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Richtungen der englischen Sozialdemokratie wurde bei Stimmhaltung der gesamten englischen Delegation eine Resolution angenommen, die Macdonalds Blutherrschaft in Indien billigt. Die Resolution spricht Macdonalds das Vertrauen aus und fordert die indische nationalreformistische Bourgeoisie auf, den Boykott- und Sabotagekampf abzubrechen und alles zu tun, um die „Konferenz am runden Tisch“ zu ermöglichen.

Schließlich befaßte sich die Tagung der Exekutive mit der Frage der Arbeitslosigkeit, ohne konkrete Maßnahmen zu beschließen. Es wurde lediglich der Beschluß gefaßt, eine „besondere Konferenz“ zur Erörterung dieser Frage „so bald wie möglich“ einzuberufen.

Der Verlauf der Tagung der Exekutive der II. Internationale ist typisch für die ganze internationale Politik der II. Internationale. In allen Fragen der Weltpolitik, in allen Fragen des revolutionären Kampfes stellen sich die Parteien der II. Internationale vorbehaltlos auf den Boden ihrer Bourgeoisie. Am krassen äußert sich dieser imperialistische Charakter ihrer Politik in ihrer Stellung zu den nationalen Fragen.

Dieselbe Sozialdemokratie, die den das deutsche Volk knechtenden Young-Plan als den Beginn einer neuen Ära feierte, stellte sich mit brutaler Offenheit auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie, gegen die indische Revolution und verließ ihren konterrevolutionären Standpunkt durch ein zur Schau getragenes verlogenes „Wohlmollen“.

Dieselbe Sozialdemokratie, die seit zwölf Jahren die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands mit Füßen tritt, fordert heute mit heuchlerischem Pathos eine „gerechte Saarlösung“, d. h. eine Lösung der Saarfrage nach den Wünschen des deutschen Finanzkapitals.

Nur wir Kommunisten treten rücksichtslos, offen und ehrlich für die Volksmassen und aller unterdrückten Völker ein. Man vergleiche die offene und gerade Sprache der am Sonntag veröffentlichten Programmklärung des ZK. der KPD. mit der diplomatisch verlauselten, heuchlerischen Resolution der II. Internationale: ein unüberbrückbarer, unveröhnlicher Krasser Gegensatz. — Der Arbeiterschaft wird es nicht schwerfallen, ihre Wahl zu treffen.

## Lappo-Berichte sprechen „Recht“

Verbindung finnischer Faschisten mit russischen Weißgardisten

Helsingfors, 26. August. Die in Nordfinnland unter dem Verdacht der Brandstiftung verhafteten neun kommunistischen Arbeiter wurden heute ohne die Spur von Schuldbeweisen zu Zuchthausstrafen von 18 bis 1 1/2 Jahre verurteilt. Die Empörung unter der nordfinnischen Arbeiterschaft ist ungeheuer groß.

Vorgestern wurde der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete Strengell verhaftet. Sein Verbleib ist unbekannt. Von bürgerlichen Zeitungen wurde eine Verbindung zwischen den Lappo-Faschisten und dem Leiter der zaristischen Emigranten-gruppe aufgedeckt, die selbst von diesen faschistenfreundlichen Blättern ablehnend behandelt wurde.

Steigert den Kampf gegen den internationalen Faschismus!

# Bersärfte Pilsudski-Diktatur in Polen

Warschau, 26. August. Wie zu erwarten, hat Pilsudski heute das neue polnische Diktaturkabinett gebildet. Mit Ausnahme von Oberst Pawel gehören ihm sämtliche Mitglieder der gestürzten Regierung an. Der bisherige Chef des Militärkabinetts im Kriegsministerium, Oberstleutnant Beck, ein besonderer Intimus Pilsudskis, wurde zum Minister ohne Portfeuille berufen. Pilsudski selbst hat den Posten des Kriegsministers auch weiterhin beibehalten.

Ein Regierungsprogramm hat Pilsudski nicht veröffentlicht. Aus seinen Äußerungen dem Staatspräsidenten und Pressevertretern gegenüber geht hervor, daß er plant, sich als Diktator über das Kabinett zu stellen und vor allem jede Kontrolle des Sejms über den Staatshaushalt auch offiziell zu unterbinden.

Die Regierungsübernahme durch Pilsudski ist kein Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche des polnischen Faschismus, kennzeichnet die tiefgehende ökonomische und politische Krise, aus der die polnische Blutherrschaft vergeblich den Ausweg sucht. Die vorübergehende relative Stabilisierung der polnischen Verhältnisse 1926 ist von einer scharfen Krise abgelöst worden, die durch die allgemeine Weltwirtschaftskrise eine katastrophale Zuspaltung erfahren hat.

Alle Versuche Polens, im Auftrage der imperialistischen Großmächte eine Blockbildung gegen die Sowjetunion zu bilden, haben sich vorläufig als aussichtslos erwiesen.

Ökonomisch konnte das Kernproblem, die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nicht gelöst werden. Hunderttausende von rabattifizierten Erwerbslosen bilden eine ständige unmittelbare Bedrohung des Pilsudski-Regimes. Im ganzen Lande herrscht unter der Arbeiterschaft und den Massen der Kleinbauern eine tiefe Empörung. Streiks, blutige Demonstrationen, Steuerverweigerung sind alltägliche Ereignisse.

Die bisherige Regierung Glawel hat sich als zu schwach erwiesen. Es gelang ihr nicht einmal, die lendenstarke bürgerlich-sozialdemokratische Opposition gegen die Ausschaltung des Parlaments zum Verschwinden zu bringen, viel weniger die revolutionäre Arbeiterbewegung zu zer schlagen.

Noch blutiger, noch brutaler, noch rücksichtsloser wird Pilsudski das polnische Volk ausaugen und knechten, außenpolitisch noch aggressiver gegen die Sowjetunion vorgehen.

Der Regierungswechsel in Polen bedeutet eine beträchtliche Verschärfung der außenpolitischen Situation. Das internationale Proletariat muß seine Wachsamkeit steigern und seinen Verteidigungskampf gegen den Faschismus, seinen Befreiungskampf aus kapitalistischer Knechtschaft verstärken.

# Der Sowjetstaat schafft Brot und Arbeit

Steigerung der Arbeiterzahl in der staatlichen Schwerindustrie — Erhöhte Löhne bei fallenden Preisen

Moskau, 26. August. Die letzten Veröffentlichungen über die Entwicklung der Beschäftigtenziffern, die Lohnbewegung und die Produktionszahlen enthüllen ein großartiges Bild vom unaufhaltsamen Vormarsch des sozialistischen Aufbaues auf allen Gebieten.

Die „Pravda“ vom 21. August teilt mit, daß die Produktion seit dem 1. Oktober 1928 um 58,4 Prozent im Durchschnitt aller Industrien gesteigert worden ist. In der Landwirtschaft sind bereits 35 Prozent der Wirtschaften in Kollektiven zusammengeschlossen, die 60 Prozent der Warenproduktion liefern. Durch diese Steigerung der Produktion in Stadt und Land ist die Arbeitslosigkeit fast verschwunden.

Die Selbstkosten der Industrie sind in neun Monaten um 6,6 Prozent gesenkt worden und damit sind die Preise niedriger geworden. Die Löhne sind bedeutend gestiegen. Nach einer Meldung der Zeitung „Sa Industriallizacija“ vom 22. August ist der Lohn in der Textilindustrie in diesem Jahre um 10 Prozent gestiegen, dagegen konnten die Selbstkosten für baumwollene Waren um 4 Prozent, für Lederwaren um 6 Prozent, für Leinen um 8 Prozent und für Tritotagen um 13 Prozent gesenkt werden.

Die Moskauer Zeitung „Sa Industriallizacija“ vom 22. August veröffentlicht Ziffern über die Entwicklung des Arbeiterstandes in der Sowjetunion. In der staatlichen Schwerindustrie waren am Anfang des Wirtschaftsjahres im Oktober 1929 2 275 000 Arbeiter tätig, am 1. April betrug ihre Zahl 2 556 700 und im Juli stieg ihre Zahl auf 2 812 649 Arbeiter.

better. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der Arbeiter um 15,8 Prozent vermehrt. In der ununterbrochenen Fünftage-Arbeitswoche arbeiten bereits 68 Prozent aller Arbeiter, am 1. Oktober waren es nur 19,1 Prozent. Der Streikentag ist auch auf bedeutend größere Arbeitermassen ausgedehnt worden.

## Militäraufstand in Peru

New York, 26. August. Der Militäraufstand in Peru (Südamerika) ist erfolgreich verlaufen. Der bisherige Diktator Leguia soll nach seinem Rücktritt auf einem Kreuzer nach Panama geflüchtet sein. Die neue Regierung wurde durch das anständische Militär gebildet.

In der Hauptstadt Lima herrscht noch Belagerungszustand. Es wurde eine scharfe Pressezensur eingeführt.

Die Aufstandsbewegung in Peru richtet sich sowohl gegen die elfjährige Diktatur des Staatspräsidenten Leguia, wie gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten, dessen Werkzeug die Regierung Leguia war. Die Revolutionierung des Heeres erfolgte durch einen Erlass, der die Löhnung der unteren Offiziere und Mannschaften erheblich herabsetzte. Die aufständischen Truppen scheinen sich auf die Empörung der Volksmassen gestützt zu haben, denen die Diktatur des amerikafreundlichen Präsidenten Leguia verhaßt war und die unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise schwer zu leiden hatten.

Nachdem die Militärelite gestützt auf die radikale Stimmung der armen Bevölkerung an die Macht gekommen ist, unterdrückt sie mit brutaler Gewalt alle weitergehenden Aufstandsversuche der Arbeiter, kleinen Pächter und revolutionären Studenten. In der Hauptstadt und einigen Städten des Südens, wo die Bewegung ihren Ausgangspunkt nahm, soll es zu blutigen Straßenkämpfen des Militärs mit der revolutionären Bevölkerung gekommen sein.

## Macdonalds „Abrüstung“

London, 26. August. Am 12. September werden auf der Werft in Portsmouth zwei neue Zerstörer und ein Minenschiff auf Stapel gelegt werden. Im Frühjahr wird in Portsmouth ein weiterer Kreuzer und ein Zerstörer-Zugführerschiff auf Kiel gelegt werden.



60. Fortsetzung

„Natürlich, wir kennen ihn alle sehr gut.“  
 „Was ich zu berichten habe: heute nacht passiert einer die Grenze unter dem Namen Bessmenjoff, ein „Kommunist“. Sein wirklicher Name ist Popoff. Er dient drüben in der Ochrana. Er muß einem scharfen Verhör unterzogen werden. Er wird alles ausfragen, denn er ist ein großer Feigling. Er ist beauftragt, sich mit einem gewissen Pantratoff in Verbindung zu setzen. Dieser Pantratoff dient irgendwo bei uns in der Roten Armee und ist gleichzeitig ein Agent Kollischafs. Er ist ein angelegener Führer in der politischen Abteilung der Armee irgendwo an einem Frontabschnitt. Uebrigens erfährt Ihr alles Nähere aus dem Brief des Genossen Wasja, den ich mitgebracht habe.“

In einer halben Stunde wußte man, daß Mitola ein Bolschewik war und daß er tatsächlich im Auftrag der Partei aus dem von Kollischaf besetzten Teil Sibiriens kam.

In den folgenden Tagen patronisierte Mitola mit mehreren Rotarmisten an der Grenze. Man erwartete täglich Popoffs Anlauf. Man wußte ihn unter allen Umständen abfangen. Um vorzubeugen, daß er entflüchte, gab die Tscheka den Befehl, alle Wege scharf zu bewachen und niemanden, wer es auch sei, durchzulassen.

Die Leute, mit denen Mitola zur Grenze fuhr, waren treue, zuverlässige Tschekisten. Sie suchten die Grenze sorgfältig ab, verhafteten viele Leute und führten sie Mitola vor. Aber Popoff überhaupt nicht kommen würde und daß man einen anderen Fall seiner geschickt hätte.

Die Sonne ging in Matwejewa heiß auf. Schnell und fengend stieg sie am Himmel hoch und erreichte bald den höchsten Punkt. Der Vorsteher der Miliz, der Genosse Kutjupa, wie man ihn im Dorf nannte, stand in aller Frühe auf, trotzdem er in der Nacht vorher sehr spät zu Bett gegangen war.

Kutjupa ging aus seinem Nachlokal heraus und blickte vor-Beine gebracht. Er ließ niemanden schlafen. Sogar die Dorf-bewohner zog er zu den Ueberwachungsarbeiten heran.

Kutjupa ging aus seinem Nachlokal heraus und blickte vergnügt auf die sonnigen Wiesen hinaus und nach dem tiefblauen Himmel und dachte: „Jetzt kann man sich ein wenig ausruhen, nachts kann man es ja nicht. Jetzt ist Gelegenheit, haben zu gehen und sich ein wenig zu erfrischen. Vielleicht kann man auch für eine Stunde in den Wald gehen und Pilze suchen.“

Er rief in die Stube zurück: „Bring mir das Handtuch her aus, Pelageja.“

Ein junges Mädchen mit einem lustigen Gesicht öffnete eilig die Tür und warf Kutjupa ein Handtuch zu, das ihm gerade ins Gesicht trat.

„Komm mit haben, Pelageja.“  
 „Und wer soll hier bleiben?“  
 „Laß das nicht deine Sorge sein.“  
 „Schön, dann komm ich mit.“

Beide machten sich fröhlich auf den Weg und schlenderten lachend einen Feldweg zwischen hohen Weizenähren, der zum Wald führte.

Sie waren übermüdig und neigten einander, ließen einander nach, bis sie den Wald erreicht hatten.

Plötzlich blieb Kutjupa stehen. Instinktiv griff er nach seinem Revolver und rief Pelageja zu: „Bleib hier, geh nicht weiter.“

Pelageja verstummte und blickte tief in den Wald, in dieselbe Richtung, wohin Kutjupa seinen Blick gewandt hatte. Kutjupa stürzte einige Schritte mit ausgestrecktem Revolver vor und rief: „Halt, keinen Schritt weiter, Hände hoch!“

Auf dem Pfad, der vom Wald an den Teich führte, blieb ein großgewachsener Rotarmist stehen. Sein Gesicht war blaß und podennarbig und die grünlichen Augen blickten demütig drein.

„Wer sind Sie?“  
 „Ich — ich bin aus Penja — ein gebürtiger Besaer — meine Mutter hungert schon lange — sie ist krank — ich will ihr helfen.“  
 Man merkte deutlich, daß diese Aussage eingeübt war.

„Wie heißen Sie?“  
 „Bessmenjoff.“  
 „Bessmenjoff?“

Kutjupa hätte beinahe vor Freude einen Luftsprung gemacht. „Lassen Sie die Hände herunter. Gehen Sie voraus, Sie sind verhaftet. Tun Sie Ihre Hände nicht in die Taschen. Also vorwärts bis zu jenem Haus, das Sie dort sehen.“

Als sie in dem Gebäude der Miliz waren, durchsuchten Kutjupa und Pelageja Bessmenjoff. Er war ganz blaß geworden und zitterte an allen Gliedern.

„Also sprechen Sie. Woher kommen Sie jetzt?“  
 „Ich — ich habe Ihnen doch schon gesagt — ich komme aus Penja.“

„Ihr Passagierschein?“  
 „Hier habe ich alles.“

„Was Sie mir da zeigen, taugt nichts. Es sind alles gefälschte Dokumente. Ziehen Sie bitte Ihre Stiefel aus.“

Bessmenjoff zog mit großer Anstrengung die Stiefel aus. Den Fußklappen hielt er mit der Hand am Fuß fest.

„Der Fuß schmerzt mich.“  
 „Wickeln Sie den Fußklappen ruhig ab und schütteln Sie Ihre Stiefel aus.“

Aus dem Fußklappen fielen eine Menge Kerenski-Noten heraus.

„Woher haben Sie diese Etiketten?“  
 „Ich habe sie gesammelt.“

Kutjupa wandte sich an Pelageja und sagte: „Geh ans Telefon und melde.“

Bessmenjoff sah inzwischen umgezogen in einem besonderen Zimmer. Sämtliche Kleidungsstücke nahm ihm Kutjupa ab und gab ihm andere. In der Tür stellte er einen Kasten auf. Gegen Abend herrschte in Matwejewa reges Leben. Auf einem Lastauto kamen fünf Tschekisten. Kutjupa empfing sie und gab ihnen einen kurzen Bericht über den Gefangenen.

„Ich möchte ihm ins Gesicht sehen, ich kenne diesen Burschen.“  
 Bald sahen die Neuangetommenen um den Tisch und Kutjupa befahl: „Führt ihn vor.“

Die Tür öffnete sich und der Verhaftete trat mit schlotternden Knien herein.

„Ah, willkommen, „Genosse“ Popoff!“  
 (Fortsetzung folgt.)



# Ein historisches Dokument

Die Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, die am Sonntag vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands veröffentlicht wurde, ist ein Dokument von größter geschichtlicher Bedeutung für die wertvollen Millionen Young-Deutschlands und für die Ausgebeuteten der ganzen Erde. In einer Situation, in der die verbrecherische Politik der herrschenden Klasse die deutschen Werktätigen in die Katastrophe treibt, erhebt die einzige antikapitalistische und antisozialistische Partei ihre Stimme und verkündet das Programm ihrer Machtergreifung: das Programm der Zerschlagung der mörderischen Ketten des internationalen Finanzkapitals und der Zerschlagung des Joches der deutschen kapitalistischen Ausbeuter.

Was ist das Besondere an dieser Programmklärung? Ist ihre Stellung zur nationalen Frage ein „neues, kommunistisches Programm“, wie der „Vorwärts“ schreibt? Ist sie „Nationalsozialismus“, wie das Straßer-Blättchen in seiner politischen Ahnungslosigkeit behauptet? Oder stellt sie nur die konsequente Fortsetzung der Politik des Marxismus-Leninismus für die gegenwärtige Lage in Deutschland dar?

In diesen Tagen werden diese Fragen in allen Betrieben in der Diskussion mit den S.P.D.-Arbeitern stehen. Mit revolutionärer Wucht werden die Regierungsrichtlinien der kommenden deutschen Sowjetmacht in den Millionen, die nach dem Ausweg aus der Young-Katastrophepolitik suchen, aufleuchtend wirken.

Die Stellung der Kommunistischen Partei zu allen Fragen der sozialen und nationalen Unterdrückung der Volksmassen ist die Stellung des revolutionären Marxismus. Solange das ausbeuterische System des Kapitalismus besteht, wird durch den Ausbeutungsdruck des Finanzkapitals, der imperialistischen Kampf um die Verteilung und Beherrschung der Erde existieren. Solange werden Völker und Volksteile unterjocht, Landestelle als Ausbeutungsgebiete annektiert. Solange wird nationale Unterdrückung da sein. Erst mit dem Sturz des räuberischen Systems des imperialistischen Weltimperialismus wird es keine nationale Unterdrückung mehr geben, wie damit überhaupt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen fällt. Seit die kommunistische Internationale besteht, stand auf ihren Fahnen in flammender Schrift die Kampfansage an alle imperialistischen Raubverträge, die willkürlich die Zerschlagung der besiegten Länder diktierten und mit dem Diktat von Milliardenblut die arbeitenden Volksmassen bluten lassen für das Kriegsverbrechen der Herrschenden.

Diese revolutionäre Kampflinie, die sich gleichermassen gegen die ausländischen imperialistischen Unterdrücker wie gegen den kapitalistischen Hauptfeind im eigenen Lande wandte, fand ihren Ausdruck in der Stellungnahme des Spartakusbundes zum Versailler Vertrag im Jahre 1918. Die „rote Fahne“ schrieb am Vorabend von Versailles:

„Der Friede von Versailles gleicht so dem schwarzen Bild des Friedens im deutschen Reich. Hier Kontributionen, Belagerungszustand, Hunger — dort Kontributionen, Annexionen, Ausplünderung und Gewalttat. Hier wie dort, nach innen und nach außen, dieselben Folgen derselben Ursache, daß das deutsche Proletariat seine Revolution erst vor sich hat. Dort wie hier das deutsche Proletariat, das selbe Opfer derselben Krankheit, und dort wie hier nur ein Arzt — das deutsche Proletariat selber, und nur ein Heilmittel: die proletarische Revolution.“

Der Spartakusbund setzte dem Versailler imperialistischen Schandvertrag die Lösung der proletarischen Revolution entgegen. Mit Noskes Maschinengewehren und faschistischen Freikorps wurde der Freiheitskampf der deutschen revolutionären Arbeiter, der nach dem Beispiel der russischen Revolution allein auch die außenpolitische Befreiung von den imperialistischen Geßeln bringen konnte, blutig erstickt. Genosse Ernst Thälmann, der Führer unserer Partei, erklärte darum in seiner großen Reichstagsrede vom 12. Februar 1930 gegen den Young-Plan:

„Hätten die Kommunisten damals den proletarischen Siegeserzungen, dann wäre der Versailler Vertrag nie mehr unterschrieben worden, wären niemals Reparationen gezahlt worden, dann bräuheten wir uns heute im Reichstag nicht mit dem Young-Plan zu beschäftigen, sondern die deutsche Arbeiterklasse würde, wie die russische, den Sozialismus aufbauen!“

Es ist der niederträchtigste Schwindel, der jemals in der politischen Arena verbreitet wurde, wenn die Nationalsozialisten erklären, die arbeitenden Massen Deutschlands leiden an den „Folgen der Revolution und der Politik des Marxismus“. Die Arbeiter, Angestellten, Mittelständler und die Kleinbauern in Young-Deutschland leiden, darben und werden zu Grunde gerichtet, weil die Revolution in Deutschland blutig verhindert wurde. Nicht der Marxismus, den allein die kommunistische Partei vertritt, sondern die sozialdemokratischen Verräter am Marxismus haben mit ihren trügerischen Versprechungen das deutsche arbeitende Volk ins Unglück von heute gejagt.

Das Programm des revolutionären Marxismus ist das Freiheitsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands, das sie im brüderlichen Bündnis mit der Sowjetunion, mit den revolutionären Arbeitern in allen Ländern des Imperialismus und den Ausgebeuteten der ganzen Erde verwirklichen wird. „Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobert, sich zur nationalen Klasse erhebt, sich selbst als Nation konstituiert, muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“ Diese programmatischen Sätze im „Kommunistischen Manifest“, von Karl Marx und Friedrich Engels im Jahre 1848 dem internationalen Proletariat verkündet, zeigen uns den Weg.

Das Besondere an der Programmklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands ist die Tatsache, daß in einer Situation, wo das Land in den Abgrund stürzt und die herrschende Klasse faschistisch-diktatorisch die katastrophale Not der Volksmassen noch verschlimmern will, die

# Wuchermieten den Armen — Steuergeschenke den Reichen

## Die Brüning-Regierung plant Ausplünderung der Hauszinssteuer für Schupo, Reichswehr und Besitzenerleichterung

Wektern behandelte das Reichskabinett unter Vorsitz Brüning das Reformprogramm, das die Brüning-Regierung im Herbst mit oder ohne Parlament durchführen will. Trotzdem die Regierung größtes Stillschweigen über ihre Pläne bewahrt, macht doch die gesamte bürgerliche Presse genaue Angaben über den Inhalt der Beratungen.

Die Brüning-Regierung plant nichts Geringeres, als die vollständige Ausplünderung der Hauszinssteuer für die Zwecke des Staatsausgleichs und für die Entlastung der Besitzener. Das heißt, die Mittel der Hauszinssteuer, die in der Form erhöhter Mieten aus dem wertvollen Volk herausgepreßt werden, sollen für den Millionenetat der Reichswehr, für Schupo, Klassenjustiz und den übrigen Machtapparat der Bourgeoisie verwendet werden. Und dazu soll noch der ohnehin schon fast von allen Steuern befreite Besitz weiter beschenkt werden.

Zwar dementiert die Brüning-Regierung auf das heftigste diese von der bürgerlichen Presse enthüllten Pläne des Kabinetts. Aber die ganz bestimmte Angabe der Presse, die Festigkeit der Dementis und die Tatsache, daß die Regierung alles Interesse daran hat, vor der Wahl ihre Raubpläne nicht völlig bekannt werden zu lassen, beweist zur Genüge die Richtigkeit der Meldungen.

Wir Kommunisten haben immer schon gegen die Hauszinssteuer, die im Jahre 1924 unter aktiver Mitwirkung der S.P.D. eingeführt wurde, gekämpft. Wir erklären, daß diese Steuer eine unsoziale, nur die Arbeiterklasse belastende Steuer ist. Die hohen Mietpreise für Wohnungen sind nicht zum geringsten Teil auf diese Steuer zurückzuführen.

Über zwei Milliarden Mark saugt die Hauszinssteuer im Jahre aus dem Proletariat. Und das Unerbittliche ist, daß diese Steuer, die angeblich für Wohnungsbau bestimmt ist, nur zum geringsten Teile für diese Zwecke zur Verwendung kommt.

Von der 350 Millionen der Hauszinssteuer, die jährlich in Berlin aufgebracht werden, werden nur rund 120 Millionen den Zwecken des Wohnungsbaues überwiesen.

Auch damit soll nun aufgeräumt werden. Jeden Pfennig dieser brutalen Steuer will Brüning für die Stärkung des Machtapparates der Bourgeoisie, für die Errichtung der faschistischen Diktatur verwenden. Die Mieterorganisationen, das gesamte wertvolle Volk muß sich gegen diesen neuen Anschlag der Brüning-Regierung zur Wehr setzen. Und am 14. September gilt es, keine Stimme den Parteien des Mietwuchers, von S.P.D. bis Nazis, zu geben.

# Hitler propagiert Lohnabbau

## und Abbau der gesamten Sozialpolitik — Das sind die „Erneuerer“ Deutschlands — Quittiert am 14. September!

In einem Leitartikel „Der Gewerkschaftsbetrug“ wendet sich der „Völkische Beobachter“ Hitlers mit einer Scheinargumentation gegen die verräterische reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Der Artikel enthält aber weniger konkrete Angriffe auf die reformistischen Arbeiterverräter, sondern ist ein einziger Schrei nach Abbau der Löhne. Diese Forderung erscheint an mehreren Stellen des Artikels. Gegen den Schluß heißt es dann:

„Es bedeutet aber einen offensichtlichen Betrug am deutschen Arbeiter, wenn die heutigen Führer der Gewerkschaften eine Partei, wie die Sozialdemokratie, unterstützen, die den heutigen Zusammenbruch der Wirtschaft verschuldet hat, und wenn die Gewerkschaftsführer dann, wenn sich dieser Zusammenbruch in immer weiteren Entlassungen und Abzügen äußert,

mit demagogischer Verlogenheit jede Lohnkürzung ablehnen und sich als die alleinigen Vertreter der Interessen der Arbeiter aufspielen.“

Es gibt einmal einen Zeitpunkt, wo die Wirtschaft weitere Belastungen mit Steuern und sozialen Ausgaben nicht ertragen kann. Dieser Zeitpunkt ist heute erreicht. . . .“

Zeigt den Betriebsarbeitern und den hungernden Erwerbslosen diese Stellungnahme des Zentralorgans der Hitler-Partei. Mit besseren Methoden könnte auch kaum die S.P.D. ihre Beihilfe beim Lohnraub „begründen“. Mit der Partei des feigen Arbeitermords, des Streikbruchs und der Lohnraubpropaganda wird das arbeitende Volk am 14. September ein Wort reden!

# „Notverordnung wird nicht durchgeführt“

## Aufruf an die Versicherten zum Abwehrkampf

Frankfurt (Main), den 26. August. In der Ausschußvertreterversammlung der Ortskrankenkasse Hanau-Land brachten die kommunistischen Vertreter den Antrag ein, daß die Brüning-Notverordnung zum Abbau der Krankenversicherung nicht durchgeführt wird. Die sozialdemokratischen Mitglieder verlangten zunächst eine Unterbrechung der Sitzung. Danach nahm der Ausschuß mit 34 gegen acht Unternehmern Stimmen den kommunistischen Antrag an. Auch einige Unternehmervertreter hatten dafür gestimmt.

Gleichzeitig beschloß der Ausschuß auf Antrag der Kommunisten, einen Aufruf an alle in der Krankenkasse Versicherten zu erlassen, in dem sie zum härtesten Abwehrkampf gegen das Vandalentum der Brüning-Regierung auf die Krankenversicherung aufgerufen werden.

Kommunistische Partei an der Spitze des neuen revolutionären Aufschwungs marschiert und daß sie, ausgestattet mit den Erfahrungen des eigenen zwölfjährigen Kampfes und den 13jährigen Lehren der siegreichen Sowjetmacht in Rußland, das revolutionäre Rettungsprogramm auf die Tagesordnung der Geschichte in Deutschland stellt. Nicht eine kleine Gruppe wie der Spartakusbund, sondern die Millionenpartei von heute und die Partei des proletarischen Sieges von morgen, verkündet das Programm der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen arbeitenden Volkes durch die Erämpfung von Sowjetdeutschland.

Soll nicht die Not der Millionen in Deutschland gesteigert werden, sollen nicht Millionen auf den Friedhöfen der Not oder eines neuen imperialistischen Krieges dahintersterben, soll das Deutschland der Arbeit aus seiner doppelten Versklavung gerettet werden, dann gibt es nur einen Weg. Die Programmklärung zeigt ihn mit aller Klarheit:

Um das deutsche Volk zu befreien, genügt es nicht, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie im eigenen Land muß gleichzeitig gestürzt werden. Die Krise miltet nicht nur im Deutschland des Young-Planes, sondern auch in den siegreichen imperialistischen Ländern mit Amerika an der Spitze. Überall, wo die Kapitalisten und ihre Agenten, die Sozialdemokraten, am Ruder sind, werden die Massen in der gleichen Weise ausgebeutet.“

# Rote Wahlhelfer verhaftet

## Polizeilicher Wahlterror in Bayern

München, 26. August. Der amtliche Wahlterror gegen die Kommunistische Partei wird mit täglich unverschämter werdenden Methoden geführt. Am Sonntag vormittag verhaftete die Münchener Polizei 25 rote Wahlhelfer, die in den Höfen in Arbeiterwohnbezirken Wahlpropaganda für die Liste 4 gemacht hatten. Die Festgenommenen, darunter ein sechzigjähriger Arbeiter, der trotz seines hohen Alters noch mutig und standhaft die Wahlarbeit mitmachte, wurden in die Polizeidirektion gebracht und dort den ganzen Tag, bis abends 8 Uhr, festgehalten. Die energischen Proteste und Hinweise der Verhafteten auf das gesekwidrige dieser Behinderung der Wahlpropaganda wurden von den leitenden Beamten mit frechen Redensarten abgetan.

Im Bewußtsein, mit ihrem Programm die dauernden Lebensinteressen der wertvollen Millionen in Young-Deutschland zu vertreten, führt die kommunistische Partei den härtesten politischen und wehrhaftesten Massenkampf gegen den nationalverräterischen, antisozialistischen und youngkapitalistischen Faschismus der Hitler-Hugenberg. Die kommunistische Partei ist die einzige Partei des Kampfes gegen den Young-Plan, die einzige Partei der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, und zugleich die Partei des revolutionären Internationalismus.

Mit Stolz erklärt die kommunistische Partei Deutschlands, daß ihre Programmklärung eine marxistische ist. Sie tritt damit vor die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, deren Führer den Marxismus discreditiert und zur Knechtschaft für die einheimischen und ausländischen Ausbeuter gestempelt haben. Die kommunistische Partei erhebt das Banner von Marx und Lenin, das Banner des internationalen proletarischen Freiheitskampfes.

In diesem Zeichen steht unsere Mobilisierung der Millionen für den Wahlsieg der Liste 4 am 14. September. Nicht die Diktatur der faschistischen Generale im Auftrage der Bankmagnaten und Schwerindustriellen, nicht die Diktatur des Kuffenbachers, sondern die Diktatur des Proletariats ist die einzige Rettung des wertvollen Deutschlands vor Hunger, Entrechtung, Arbeitslosigkeit und den Millionenopfern eines neuen imperialistischen Krieges.

**Sichere dein Wahlrecht! Vergiß nicht, die Wählerlisten einzusehen!**



# Wahlwindel mit der „Arbeitsbeschaffung“

Die Bürgerblockregierung macht eine riesige Reklame mit „öffentlichen Aufträgen“ an die Reichspost- und Reichsbahnverwaltung. Durch eine entfaltete Presselampagne wird versucht, eine bewusste Zurechnung der Öffentlichkeit herbeizuführen. Die gesamte bürgerliche Presse bringt die amtlichen Nachrichten, in dem Bestreben, die Wählermassen von der Abrechnung mit dem Bürgerblock abzuhalten. So schreibt z. B. die „DNZ.“ vom 21. August 1930 unter der Wattenüberschrift: „125 000 Arbeitslose finden durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm Beschäftigung.“ Die Reichsregierung hätte der Reichspostverwaltung zusätzliche Aufträge im Werte von 200 Millionen Mark an die deutsche Industrie vergeben. In Wirklichkeit handelt es sich um tausende Aufträge, für deren Inangriffnahme z. B. der Siemens-Konzern schon seit Monaten technische Vorbereitungen getroffen hat. Von dem 132-Millionen-Auftrag für die Schwachstromindustrie werden die Siemens-Werke allein etwa 60 Prozent erhalten. Nun ist doch allgemein bekannt, daß bei Siemens nicht nur 2000 Angestellte, sondern auch Tausende von Arbeitern entlassen wurden, und daß in verschiedenen Abteilungen verlorzt gearbeitet wird.

Die Milchmädchenrechnung der „DNZ.“, daß mit 200 Millionen Mark 125 000 Arbeitslose Arbeit finden, wird aber auch dadurch widerlegt, daß in der Summe auch die gesamten Materialkosten ent-

halten sind. Bringt man die Unkosten für Material, Unternehmergewinn usw. in Abzug, so bleibt im günstigsten Falle 25—30 vom Hundert der Gesamtsumme für Arbeiter- und Angestelltenlöhne übrig. Nach den Mitteilungen des Instituts für Konjunkturforschung betragen die Lohnkosten in v. S. des Wertes der Produktion in der Elektrotechnik 35—40, im Maschinenbau 25—35, in der Automobilindustrie 20, in der Bauindustrie 25—30. Diese Zahlen beziehen sich auf die Jahre 1925—1928. Inzwischen ist durch die technische Rationalisierung der Anteil der Löhne ganz entschieden gesunken. Nehmlich ist auch die Angabe zu bemerken, die Reichsbahn wolle für 1930 275 Millionen Mark ausgeben, womit etwa 100 000 Arbeiter beschäftigt werden können. Hierzu ist ebenfalls zu bemerken, daß es sich um Arbeiten handelt, die bereits in einem früheren Plan aufgestellt wurden, die allerdings um einige Monate früher als wie vor dem angelegten Termin begonnen werden sollen.

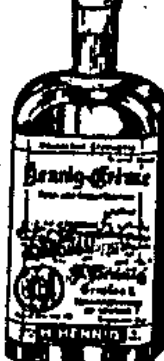
Aus unserer obigen Rechnung geht hervor, daß der Anteil der Löhne recht bescheiden ist, und daß deshalb auf keinen Fall, wie die Regierungstellen behaupten, 225—250 000 Arbeitslose Beschäftigung finden. Denn neben dem Lohnanteil der gesamten Aufträge ist auch zu berücksichtigen, in welcher Zeit die Aufträge fertig gestellt werden müssen. Soweit die Aufträge der Postverwaltung in Frage kommen, wird darüber nichts berichtet. Die Reichs-

bahn will für das laufende Jahr, also bis März 1931, den Betrag von 275 Millionen Mark ausgeben. Aus all diesen Angaben geht hervor, daß Neueinstellungen so gut wie gar nicht in Frage kommen, sondern daß lediglich mit dem alten Arbeiterstamm die Aufträge erledigt werden. Vielleicht wird man in einigen Abteilungen, wie beispielsweise bei Siemens, vorübergehend die Sturzarbeit befehlen. Das ist aber auch alles, was bei dem „großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm“ herauspringt.

Es ist also eine unerhörte Leichtfertigkeit, den drei Millionen Arbeitslosen jetzt Hoffnung zu machen, für die nicht die geringste Aussicht auf Erhaltung besteht. Es wird die Aufgabe unserer Erwerbslosenausschüsse und Funktionäre der A.G.D. sein, den Erwerbslosen die nötige Aufklärung über den Lügenfeldzug der Regierung und der bürgerlichen Presse zu geben. Gleichzeitig muß der Arbeitsbeschaffungsantrag der kommunistischen Reichstagsfraktion vom 28. Juni dieses Jahres den Erwerbslosen und Betriebsarbeitern zur Diskussion gestellt werden. Er zeigt, wie durch großzügige Verteilung von Mitteln für den Bau von Arbeiterwohnungen, Landarbeiterkolonien, Schulen, Krankenhäusern, Straßen und Bahnanlagen sowie die Einführung des Siebenkundertages für Erwachsene und des Sechskundertages für Jugendliche die Möglichkeit besteht, einen größeren Teil der Erwerbslosen in Arbeit und Brot zu bringen.

Am 10. September, dem Tag der deutschen Arbeitslosen, werden die Millionenmassen den Willen zur Organisation dieses Kampfes und ein Bekenntnis zu kommunistischer Arbeitsbeschaffung ablegen.

## Empfehlenswerte Lokale von Groß-Breslau

<p><b>Konzertlokal</b> <b>„Strehler Bierhalle“</b> 19484 Ohlauer Straße 1/2 Reinhold Pohl &amp; Co. / Inh. Kluge Kornbrennerei Mehlgasse 43 Matthiasstr. 7 13568</p>	<p><b>„Drei-Kronen-Säle“ Breslau-Rosenthal</b> Säle für Vereinsfestlichkeiten / Tel. 500 34 Jeden Sonntag Tanz u. humor. Vorträge Städtischer Auto-Omnibus ab Trebn. Platz—Gartenstr. 13440</p>	<p><b>Bürgerl. Brauhaus Breslau</b> A.G. / Hubenstraße 44/48 empfiehlt ihre wohlschmeckenden u. bekömmlichen Biere und zwar: Lagerbier, hell und dunkel Bürgerbräu, hell und Caramel-Tafel-Vollbier 13438</p>	<p><b>Pulvermanns Gaststätte</b> Wellen Platz 5 Gaststätte zum Altmeister Friedrich-Wilhelm-Straße 12 13471</p>
<p><b>Gaststätte z. Lessing</b> Adalbertstraße 10 Treff • sämtlicher Werktätigen! 13420 Saal f. Vereinsfestlichkeit.</p>	<p><b>Gaststätte „LIEBICHSHÖHE“</b> Inh. A. Andersch Telefon 272 33 Spezial-Ausschank der Haselbach-Brauerei 13149 Verlangt überall <b>„Weißer Rubin“</b> 13567</p>	<p><b>KUBETZKY'S GESELLSCHAFTSHAUS</b> Mehlgasse 11 Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag Großer Fest-Tanz Ferial 59490 13457 Saal für Festlichkeiten und Versammlungen</p>	<p>Trinkt den guten <b>Hennig-Crème!</b> Überall erhältlich! 13422</p> 

Die bevorzugten **Gotthard-Meisner-Gaststätten** bieten Jedem nur das Beste 13569

## B Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau

<p><b>Richard Krusch, Wurstfabrik</b> Adalbertstraße 13, Klosterstraße 49 Matthiasstr. 166, N. Taschensstr. 30 Tiergartenstraße 26 13551</p>	<p><b>Fromm's Act</b>  <b>Gegen Infektion</b> In allen einschlägigen Geschäften erhältlich 13384</p>	<p><b>Popoff Echter Joghurt-Käse</b> überall erhältlich 13075 <b>Die Packung sagt alles</b> 13100  Robenschwarze Wäsche <b>Ruba-Weisse</b> schnee weiss <b>Ruba-Werke</b> Rudolph Balhorn GmbH Breslau</p>	<p><b>Theodor Buchali</b> Zwingerplatz 2 und Filialen Vogelfutter, Vogelkäfige Käfig-Utensilien 13390 <b>„PIETAT“</b> <b>WILHELM SCHNEIDER</b> Beerdigungs-Anstalt Begräbnis-Versicherung „Deutscher Herold“ Schuhbrücke 58, 59, 60 Ecke Kupferschmiedestraße Fernsprecher Nr. 54404 13563 <b>Felix Kayser</b> MUSIKHAUS RING RATHAUS 28 13401 und Junkerstraße 11</p>
<p><b>UHREN und GOLDWAREN</b> preiswert durch direkten Einkauf bei Lewy, Alte Graupenstraße 6/10 Besichtigung ohne Kaufzwang 13383 <b>Kauf bei Blasse!</b> 13422 <b>Blasse ist billig!</b> <b>WILHELM SCHWARZ</b> Lassalle-Platz 1 ptr. (Karlsplatz) Tücher und Futterstoffe Größte Auswahl bei niedrigen Preisen 13394 <b>Molkerei-Produkte</b> Richard Baumert, Ring 7 13391</p>	<p><b>Silesia-Matratzenfabrik</b> Kupferschmiedestr. 44, Ecke Schuhbrücke Metallbettstellen liefert gut u. preiswert Matratzen Steppdecken 13364 Chaiselongues</p>	<p><b>P. Pohl</b> Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik 13568 Filialen in allen Stadtteilen <b>R. Karsunky &amp; Co. / Möbel</b> 13568 Rosenthaler Straße 2, Ecke Matthiasstr.</p>	<p><b>Richard Krusch, Wurstfabrik</b> Adalbertstraße 13, Klosterstraße 49 Matthiasstr. 166, N. Taschensstr. 30 Tiergartenstraße 26 13551</p>

**W. Kelling**  
Reinigt / färbt / wäscht  
13429

**UHREN GOLD- UND SILBERWAREN**  
Emil Friesing, Juwelier  
Inhaber A. Hampf  
Albrechtstraße 5, Ecke Schuhbrücke  
13386

**P. Pohl** Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik  
13568 Filialen in allen Stadtteilen  
**R. Karsunky & Co. / Möbel**  
13568 Rosenthaler Straße 2, Ecke Matthiasstr.

**Möbel-Weigt**  
Hauptgeschäft Nikolaistraße 7  
Zweiggeschäft Bohrauer Straße 1  
Größte Auswahl in Zimmern u. Einzelmöbeln  
gut / stark / billig  
Teilzahlung nach Vereinbarung  
13387

**Beerdigungsanstalt C. HEYMANN**  
Oberführungen / Feuerbestattungen  
Begräbnis-Versicherung  
Breslau I, Klosterstraße 95/97  
Tel. 58747 u. 58748  
Zweiggeschäft: Gräbschener Straße 43  
13473

**Fleischer- und Wurstfabrik**  
13290 **Georg Fischer**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 3  
**Möbelhaus**  
Paul Lorenz  
13289 **Nikolaistr. 61/62**  
TEE :: KAFFEE :: KAKAO  
nur im Spezialgeschäft  
Reuschestraße 45  
Nähe Königsplatz  
— EIGENE RÖSTEREI —  
13359

**BÄCKEREI UND KONDITOREI**  
Richard Scholz  
Blücherstr. 27, a. Waterloo-Pl. u. Matthiasstr. 63/65  
13429  
Fahrräder :: Schallplatten  
Zubehör  
Paul Tangelst, Kohlenstraße 26  
13388  
Karl Lahn, Rosenthaler Straße 2  
Eisenwaren — Küchengeräte  
13393

**Glas- und Bilderhandlung**  
Richard Weuzel, Gräbschener Str. 20  
13396  
Reserviert

**Fahrradhaus OST**  
Klosterstraße 12  
liefert Fahrräder schon von Mark 38,50 an. Fahrradteile konkurrenzlos billig  
13365

**Nord**  
13874 **MOBEL**  
100 Musterzimmer  
u. Einzelmöbel  
Zahlungserleichterung  
**Genossen**  
beim Einkauf  
beachtet  
unsere  
Inserten

**LEBENSMITTEL**  
**Ed. Strachotta**  
Ritter- und Garten-Markthalle, Galerie  
Treibitzer Straße 52 13435  
**Süd**  
Das echte Schlüterbrot  
Vollkornbrot  
Hermann Scholz / Bäckermeister  
Gräbschener Straße 68  
13385

**Fainitz**  
Breslau, Klosterstr. 32  
FERNRUUF 29820  
Erlischt sämtl. Erd- u. Feuerbestattungen.  
Modernes Sarglager zu streng sol. Preisen. 13397

**Schuhwaren**  
nur bei  
**Wilhelm Vogel**  
Scheiniger Straße 12  
Friedrich-Wilhelm-Straße 66  
13562

**MOBEL**  
100 Musterzimmer  
u. Einzelmöbel  
Zahlungserleichterung  
**Genossen**  
beim Einkauf  
beachtet  
unsere  
Inserten

**Süd**  
Das echte Schlüterbrot  
Vollkornbrot  
Hermann Scholz / Bäckermeister  
Gräbschener Straße 68  
13385

**Fainitz**  
Breslau, Klosterstr. 32  
FERNRUUF 29820  
Erlischt sämtl. Erd- u. Feuerbestattungen.  
Modernes Sarglager zu streng sol. Preisen. 13397